

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 7

vom 18. Februar 2011
Redaktion: Katja Richardt

Bürgerschaftswahl 2011

Alles klar zur Hamburg-Wahl am 20. Februar	3
Wahl-Hotline – 42828 0 – verlängert bis Sonntag, 18 Uhr	8

Inneres

Feuerwehr legt Rekord-Bilanz vor	9
Neue TATORT-Kommissarin unterstützt radikale Untergruppierung der Scientology-Organisation.....	11
Hamburgs Straßenverkehr 2010: Deutlich weniger Verunglückte, Zahl der Unfalltoten auf Tiefststand	14

Wirtschaft und Hafen

Bio und Regional in Hamburg.....	18
----------------------------------	----

Schule, Jugend und Berufsbildung

Evaluation bestätigt gute Aufbauarbeit des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung	20
Neu erschienen bei der Landeszentrale für politische Bildung.....	21
Senator Wersich trifft wichtige Entscheidungen zu Schulbaumaßnahmen.....	22

Sozials, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Sozialsenator Dietrich Wersich und Senatskordinatorin Antje Blumenthal zeichnen Unternehmen für vorbildliches Eingliederungsmanagement aus	24
Netzwerk für die Gesundheitswirtschaft in Hamburg.....	26
Mit dem DZSKJ am UKE hat Hamburg in der Suchtmittelkonsumforschung bei Jugendlichen die Nase vorne.....	27
Integration – im Interesse aller	29
Wider die Abzocke an der Haustür oder im Internet.....	31
Erfolgreich Altern in Hamburg.....	32

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Sprung über die Elbe auf gutem Weg.....	35
Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße.....	37

Neues Leben in die alte Seefahrtsschule	39
Wissenschaft und Forschung	
Hamburgisches Hochschulgesetz umfassend überarbeitet.....	41
Architektenwettbewerb für UKE-Kinderklinik entschieden.....	45
1-Meter-Teleskop der Hamburger Sternwarte wird saniert Finanzierungslücke geschlossen.....	47
Kultur	
Hamburg stärkt die freie Theater-, Tanz- und Kindertheaterszene.....	49
Gerhard Hirschfeld erhält Senator-Biermann-Ratjen-Medaille	50
Sammlung Falckenberg jetzt Teil der Deichtorhallen Hamburg.....	51
Medien	
Abo-Service von Apple kein Gewinn für die Verlage.....	53
Sport	
Kinder- und Jugendarbeit im Fußballsport wird belohnt: Senat stockt „Uwe-Seeler-Preis“ auf.....	54
Zur Information	
Terminkalender	55

15. Februar 2011/bis15

Alles klar zur Hamburg-Wahl am 20. Februar!

„**Gehen Sie am Sonntag wählen und verschenken Sie keine Stimme!**“ Mit diesen Worten appellierte Landeswahlleiter Willi Beiß an die Wählerinnen und Wähler dieser fünften vorgezogenen Neuwahl von Bürgerschaft und den sieben Bezirksversammlungen. Auf der Landespressekonferenz gab der Landeswahlleiter Hinweise zu den letzten Tagen vor dem Wahltag, informierte über Ablauf der Wahl und Auszählung der Stimmen.

10 Tipps zur Hamburg-Wahl am kommenden Sonntag

1. Wahlbenachrichtigung

Alle Wahlberechtigten haben inzwischen ihre Wahlbenachrichtigung in einem Brief des Landeswahlleiters erhalten. Wer noch keine Karte bekommen hat, sollte sich umgehend zur Wahldienststelle seines Bezirksamtes begeben. Öffnungszeiten der 17 bezirklichen Wahldienststellen: Montag bis Donnerstag 8:00 bis 16:00 Uhr, Freitag bis 15:00 Uhr.

Übrigens: 13 wohnungslose Menschen haben sich in das Wahlberechtigtenverzeichnis aufnehmen lassen und können nun an der Hamburg-Wahl 2011 teilnehmen. Dieser Personenkreis ist u. a. in einer ganzseitigen Anzeige in der Obdachlosenzeitschrift „Hinz & Kunzt“ auf das Stimmrecht hingewiesen worden (aktuelle Februar-Ausgabe).

2. Wegweiser durch die Programme der Landeslisten

Als ergänzende Entscheidungshilfe für noch unsichere Wählerinnen und Wähler empfiehlt sich der „Wahl-O-Mat zur Bürgerschaftswahl in Hamburg 2011“ der Bundeszentrale für Politische Bildung. Mit dessen Hilfe kann man feststellen, welches Parteiprogramm den eigenen Überzeugungen, Vorstellungen und Wünschen am besten entspricht.

Link <http://www.hamburg.de/wahl-o-mat-hamburg-2011>

Ggf. kann auch die mit dem neuen Wahlrecht erstmals bestehende Möglichkeit helfen, Koalitionen zu wählen: man kann seine 5 Stimmen im gelben Stimmzettel für die Landeslisten auf mehrere Parteien verteilen.

3. Wahl-Hotline

Die Wahl-Hotline 428 280, die noch bis Freitag täglich von 7:00 bis 19:00 Uhr geschaltet ist, hilft gern und beantwortet alle Fragen rund um die Wahl.

4. Musterstimmzettel

Der Landeswahlleiter hat in den letzten Tagen Musterstimmzettel an die rd. 1,3 Millionen Wahlberechtigten (ca. 1,26 Mio. Deutsche und ca. 66.000 EU-Ausländer für die Bezirksversammlungswahlen) verschickt. Damit können die Wahlberechtigten schon zu Hause überlegen, wie sie ihre Stimmen vergeben wollen. Auf den Musterstimmzetteln stehen alle Parteien und Personen, welche die Wahlberechtig-

ten am Wahlsonntag in ihrem Wahllokal auf den Originalstimmzetteln finden werden. In dem Brief ist auch ein Flyer „Einfach wählen“ enthalten, mit dem die Hamburgische Bürgerschaft das Ausfüllen der Stimmzettel erläutert.

Das Wählen üben kann man auch virtuell unter

<http://www.hamburg.de/hamburg-wahlen/2759970/interaktiver-stimmzettel.html>

Oberster Grundsatz für die Stimmabgabe ist, eine klare Entscheidung zu treffen. Damit wird den Wahlhelferinnen und Wahlhelfern die noch schwieriger gewordene Aufgabe der Auszählung der umfangreichen Stimmzettel sehr erleichtert. Unter der o. a. Internetadresse finden sich Beispiele dafür, wie man unklare Stimmabgaben vermeiden kann.

5. **Briefwahl**

Bis einschl. Montag, 14. Februar 2011, wurden 231.121 Briefwahlunterlagen versendet. Bis zum Wahltag dürfte die Zahl auf knapp 250.000 ansteigen. Damit haben bei dieser Wahl schon jetzt mehr Hamburgerinnen und Hamburger von der Briefwahl Gebrauch gemacht als bei früheren Bürgerschaftswahlen. Bisher lag der Spitzenwert zu Bürgerschaftswahlen bei knapp 216.000 (1987 und 2008) und damit allerdings unter den Höchstwerten zu Bundestagswahlen, die bis zu 273.000 Briefunterlagen erreichten (2009).

Die Briefwahlunterlagen können noch bis Freitag, 15:00 Uhr, bei den bezirklichen Wahldienststellen beantragt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt kann man auch noch persönlich die Briefwahl vor Ort in seiner zuständigen Wahldienststelle durchführen. Die Wahlbriefe müssen bis Sonntag um 18:00 Uhr bei der Bezirkswahlleitung eingegangen sein (Anschrift ist auf dem roten Umschlag aufgedruckt). Wer den Wahlbrief also nicht per Kurier überbringen, sondern von der Post – innerhalb Deutschlands portofrei – transportieren lassen möchte, sollte den Wahlbrief spätestens am Donnerstagabend, den 17. Februar zur Post geben, damit er rechtzeitig zugeht.

Last-Minute-Briefwahl: Die roten Wahlbriefe können in Hamburg auch noch bis Sonntagfrüh in solche Briefkästen geworfen werden, die am Samstag oder Sonntagvormittag geleert werden. Durch eine Sondervereinbarung mit der Post ist sichergestellt, dass diese Wahlbriefe rechtzeitig vor 18 Uhr bei den sieben Hamburger Bezirksämtern eintreffen und mit ausgezählt werden.

Wer kurzfristig nicht zur Wahl gehen kann, weil er beispielsweise erkrankt ist, kann durch einen schriftlich Bevollmächtigten noch am Wahlsonntag bis 15:00 Uhr Briefwahlunterlagen bei seiner bezirklichen Wahldienststelle abholen lassen. Auch diese Unterlagen müssen bis 18:00 Uhr im Bezirksamt wieder vorliegen.

6. **Wählerinnen und Wähler mit Behinderung**

386 der 1.284 Wahllokale sind barrierefrei, was jeweils auf der Wahlbenachrichtigung vermerkt ist. Wer kein barrierefreies Wahllokal hat, aber in einem solchen seines Wahlkreises wählen möchte, kann mit seiner Wahlbenachrichtigungskarte einen Wahlschein beim Bezirksamt beantragen, der das Gewünschte möglich macht.

Sehbehinderung oder Blindheit sind kein Grund, auf eine autonome Wahl zu verzichten. Wahlrechtlich ist der Gebrauch von Stimmzettelschablonen zugelassen. Diese werden aber nicht von staatlichen

Stellen zur Verfügung gestellt, sondern vom Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg (BSVH). Zur Hamburg-Wahl 2011 sind vom BSVH zwei Schablonen sowie eine CD mit dem aufgesprochenen Text der Stimmzettel hergestellt worden. Sehbehinderte oder blinde Menschen können diese Hilfen über den BSVH unter Tel. 040-2094040 oder unter info@bsvh.org kostenlos anfordern. Mitglieder des BSVH erhalten ihren Zugang zur barrierefreien Hamburg-Wahl 2011 unaufgefordert per Post.

7. Stündliche Wahlbeteiligung am Wahlsonntag

Am Wahltag ermittelt und veröffentlicht das Landeswahlamt ab 10:00 Uhr stündlich die geschätzte Wahlbeteiligung im Internet www.hamburg.de/hamburg-wahlen.

8. Auszählung der vorläufigen Ergebnisse

Die Auszählung der vier Stimmzettel erfolgt zeitlich gestaffelt in sechs Schritten.

Erster Schritt: „Sortieren der Stimmzettel“

Am Wahlabend wird zunächst nur gezählt, wie viele Wahlberechtigte an der Wahl teilgenommen haben und welche Anzahl der jeweils vier Stimmzettel vorhanden ist.

Zweiter Schritt: Ermittlung der vorläufigen Fraktionsstärken der Parteien in der Bürgerschaft

Von den vier Stimmzetteln wird nur der gelbe Stimmzettel mit den Landeslisten in einem vereinfachten Verfahren öffentlich ausgezählt. Denn die Stimmen auf den Landeslisten entscheiden darüber, wie viele von den 121 Sitzen in der Bürgerschaft die einzelnen Parteien und Wählervereinigungen erhalten. In diesem vereinfachten Auszählverfahren werden zwar alle Stimmen gezählt, aber nicht festgehalten, ob sie auf einzelne Personen oder auf die Gesamtliste abgegeben worden sind. Unklare Stimmabgaben werden vorläufig als ungültig gezählt und erst am nächsten Tag bei der Vollauszählung vom Wahlvorstand geklärt. Dieses bundesweit erstmals praktizierte Verfahren erhöht naturgemäß zwar die Unsicherheit dieses vorläufigen Ergebnisses, dürfte aber hinreichend genau die vorläufige Fraktionsstärke der Parteien in der Bürgerschaft widerspiegeln

Das Statistikamt Nord wird alle Wahlbezirksergebnisse laufend ins Internet stellen. Erste Ergebnisse werden gegen 19:30 Uhr erwartet. Der Landeswahlleiter hofft, dass es etwa gegen 20:00 Uhr dem Statistikamt Nord sogar möglich sein wird, eine erste Hochrechnung vorzunehmen und ins Internet zu stellen.

Der Landeswahlleiter hofft, die so ermittelte vorläufige Fraktionsstärke der Parteien am Abend des 20. Februars voraussichtlich kurz vor Mitternacht verkünden zu können.

Übrigens: Am späten Wahlabend werden 533 von insgesamt 1.284 Wahllokalen in 13 Auszählzentren umziehen. Ein logistischer Kraftakt, den ein Dienstleister übernimmt. Ca. 90 Kleinlaster werden dabei für den Transport der Wahlurnen eingesetzt. Die Transporte werden durch die Polizei gesichert.

Dritter Schritt: Ermittlung der 71 Wahlkreisabgeordneten der Bürgerschaft

Am Montagmorgen, 21. Februar, 9.00 Uhr, wird in allen Wahllokalen und Auszählzentren mit der Auszählung der roten Wahlkreisstimmzettel zur Bürgerschaft begonnen. Die Auszählungen sind öffentlich. Die Ergebnisse der einzelnen Wahlbezirke werden laufend ins Internet gestellt. Voraussichtlich am frühen Abend des 21. Februar werden die 71 erfolgreichen Wahlkreisbewerberinnen und –bewerber vor-

läufig feststehen. Das Ergebnis wird ebenfalls unverzüglich ins Internet gestellt und durch Pressemitteilung bekannt gegeben.

Vierter Schritt: Ermittlung der Gewählten auf den Landeslisten

Nach der Auszählung der roten Wahlkreisstimmzettel beginnen die Wahlvorstände mit der Vollauszählung der gelben Landeslistenstimmzettel. Anders als am Wahlabend werden jetzt die Stimmen für alle Kandidierenden auf Abstreichlisten erfasst, und der Wahlvorstand entscheidet über die unklaren Stimmabgaben. Diese Arbeiten werden voraussichtlich nicht mehr am Montag bis 20:00 Uhr abgeschlossen werden können, sondern am Dienstagmorgen, 22. Februar ab 8 Uhr fortgesetzt werden. Auch diese Ergebnisse werden laufend ins Internet gestellt. Nach Abschluss der Auszählung wird das Statistikamt Nord die Sitzverteilung einschl. möglicher Überhang- und Ausgleichmandate berechnen. Das Ergebnis wird unverzüglich ins Internet gestellt und durch Pressemitteilung bekannt gegeben.

Fünfter Schritt: Auszählung der Bezirkslisten zur Bezirksversammlungswahl

Als nächste Stimmzettel werden am Dienstag, 22. Februar ab 8:00 Uhr die grünen Stimmzettel mit den Bezirkslisten der Bezirksversammlungswahlen in gleicher Weise ausgezählt. Auch hier erfolgt die Einstellung ins Internet sowohl der laufenden Ergebnisse der einzelnen Wahlbezirke wie des Ergebnisses aus allen Wahlbezirken.

Sechster Schritt: Auszählung der Wahlkreislisten zur Bezirksversammlungswahl

Anschließend werden die blauen Stimmzettel mit den Wahlkreislisten der Bezirksversammlungswahl vollständig ausgezählt, dies kann bis nach 20:00 Uhr dauern. Die vorläufige Mandatsverteilung über die Wahlkreislisten und die Gesamtverteilung aller Bezirksmandate wird noch am Mittwoch, den 23. Februar vorläufig feststehen. Sowohl die laufenden Wahlbezirksergebnisse als auch das vorläufige amtliche Ergebnis der Bezirksversammlungswahlen werden ins Internet gestellt und das Gesamtergebnis per Pressemeldung bekanntgegeben.

9. Erste Wahlanalysen

Am Donnerstag nach der Wahl, 24. Februar, wird das Statistikamt Nord um 12:00 Uhr auf einer Pressekonzferenz im Rathaus für Erläuterungen zum ersten Teil der Bürgerschaftswahl-Analyse zur Verfügung stehen. Eine gedruckte Fassung der dann bereits als Presseinformation elektronisch versendeten Wahlanalyse wird ausliegen.

10. Endgültiges Wahlergebnis

Ab Donnerstag, 24. Februar führen die Bezirke die übliche Überprüfung der Wahlunterlagen durch: Sie sehen dabei alle Niederschriften und Protokolle der Wahlvorstände sowie deren Entscheidungen über die unklaren Stimmzettel durch. Über das Ergebnis berichten sie ihrem Bezirkswahlausschuss, der hierüber am 3. März beschließt und das endgültige Wahlergebnis für die Bezirksversammlungswahl und für die Bürgerschaftswahlkreise des betreffenden Bezirks in öffentlicher Sitzung feststellt. Auf Basis dieser Feststellungen wird der Landeswahlausschuss am 4. März das amtliche Endergebnis der Bürgerschaftswahl ermitteln, der Landeswahlleiter es bekannt geben und die gewählten Kandidatinnen und Kandidaten über ihren Mandatserfolg informieren. Am Montag, den 7. März 2011 wird sich die neue Hamburgische Bürgerschaft voraussichtlich um 15:00 Uhr konstituieren. Mit diesem Zeitpunkt enden die bisherigen Mandate aller Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Landeswahlleiter Willi Reiß: „Ich bin sicher, dass wir uns auf eine hohe Wahlbeteiligung, einen interessanten Wahlsonntag und einen spannenden Wahlabend freuen können – trotz äußerst knapper Fristen ist die Wahlorganisation gut aufgestellt. Und wer noch Informationen zur Hamburg-Wahl 2011 benötigt, wird im Internetangebot des Landeswahlamtes bestimmt fündig: www.hamburg.de/hamburg-wahlen“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz & Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678/2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

sowie

Landeswahlamt: Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732

17. Februar 2011/bis17a

Hamburg-Wahl am 20. Februar 2011

Wahl-Hotline – 42828 0 – verlängert bis Sonntag, 18 Uhr

Aufgrund der großen Nachfrage der Wählerinnen und Wähler wird die Wahl-Hotline vom Telefonischen HamburgService auch am Wahlwochenende geschaltet bleiben – Tel-Nr. **42828 0**.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die noch Fragen zur Wahl haben, können sich am Sonnabend und Sonntag in der Zeit von 9 – 18 Uhr ihre Fragen beantworten lassen.

Landeswahlleiter Willi Beiß: „Scheuen Sie sich nicht, auch am Sonntag zum Telefonhörer zu greifen, wenn Sie noch Fragen zur Wahl haben. Das können auch gern Fragen zu Ihrem Wahllokal sein. Einige vertraute Wahllokale mussten verlegt werden, schauen Sie deshalb sicherheitshalber noch einmal in Ihre Wahlbenachrichtigung, bevor Sie Ihr Wahllokal aufsuchen oder rufen Sie einfach die Wahl-Hotline an.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz & Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678/2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

sowie

Landeswahlamt: Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732

14. Februar 2011 / bis 14

Feuerwehr legt Rekord-Bilanz vor: 235.165 Einsätze im Jahr 2010 – so viele wie nie zuvor

Erstmals mehr als 200.000 Rettungsdienst-Einsätze / Zahl der Brandtoten erreicht niedrigsten Stand seit 17 Jahren / Personalzuwachs um 2 %

Innensenator Heino Vahldieck, der Leiter der Feuerwehr Hamburg, **Oberbranddirektor Klaus Maurer**, und der **Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg, André Wronski**, haben heute im Feuerwehr-Informationszentrum (FIZ) die Jahresbilanz 2010 der Feuerwehr vorgestellt. Mit insgesamt 235.165 Einsätzen wurde im vergangenen Jahr ein neuer Rekordwert erreicht, darunter waren 10.462 Brandalarme (+584), 20.488 Hilfeleistungen (-595) und 204.215 (+4.369) Rettungsdienst-Einsätze, die damit erstmals die Marke von 200.000 übersprungen haben. Innerhalb von 24 Stunden verzeichnete die Feuerwehr im Schnitt 645 Einsätze – und rückte damit alle 135 Sekunden aus, um Menschen zu helfen oder zu retten.

Innensenator Heino Vahldieck: „Die Hamburger Feuerwehr ist in den vergangenen Jahren immer stärker gefordert: Seit 1990 sind die Einsatzzahlen um fast 80.000 gestiegen. Umso höher ist die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr und der Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren einzuschätzen, die rund um die Uhr und mit außerordentlichem Engagement ihren Dienst versehen. Ihnen allen danke ich für ihre herausragende Einsatzbereitschaft und ihre erfolgreiche Arbeit für die Menschen in unserer Stadt. Die Feuerwehr Hamburg ist eine tragende Säule der Hamburger Sicherheitsarchitektur, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft verlassen können. Deshalb wird das Personal auch weiter aufgestockt: Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Mitarbeiter bei der Feuerwehr Hamburg um 52, ein erfreuliches Plus von 2 Prozent.“

Insgesamt arbeiten jetzt 2.546 Beschäftigte bei der Hamburger Berufsfeuerwehr, darunter 2317 im Feuerwehrtechnischen Dienst. Darüber hinaus sind bei den 87 Freiwilligen Feuerwehren aktuell 2.589 Kameradinnen und Kameraden im Einsatz. **Innensenator Heino Vahldieck:** „Die Freiwilligen Feuerwehren sind im täglichen Einsatzgeschehen unentbehrlich – nicht nur im Brandschutz, bei der technischen Gefahrenabwehr und Gefahrguteinsätzen, sondern auch in der Erstversorgung. Darüber hinaus wirken die ehrenamtlichen Helfer natürlich auch im Katastrophenschutz mit. Daher freue ich mich ganz besonders, dass ich im Dezember 25 neue Löschgruppen-Fahrzeuge, die der Bund zur Verfügung gestellt hatte, an die Freiwilligen Feuerwehren übergeben konnte.“

Weniger Großbrände, Zahl der Brandtoten sinkt auf 10

Während die Zahl der Großbrände im Jahr 2010 mit 23 (-3) im Vergleich zum Vorjahr nur leicht zurückging, sank die Zahl der Brandtoten auf den niedrigsten Stand seit 17 Jahren. Insgesamt kamen im vergangenen Jahr 10 Menschen (-7) bei Bränden ums Leben. Häufigste Ursache: Rauchvergiftung. **Innensenator Heino Vahldieck:** „Rauchmelder helfen Leben zu retten. Sie haben sich als wirksames Instrument zur Früherkennung bei Bränden erwiesen.“ Seit Januar dieses Jahres ist der Einbau von Rauchmeldern in privat genutzten Wohnräumen Pflicht.

Verstärkung für die Freiwilligen Jugendfeuerwehren

Die 56 Jugendfeuerwehren in den Freiwilligen Feuerwehren durften sich im vergangenen Jahr über regen Zulauf freuen. 32 Angehörige kamen dazu, darunter 12 Mädchen. Insgesamt sind 921 Jugendliche in den Freiwilligen Jugendfeuerwehren organisiert, davon 185 Mädchen. Die Anzahl der Jugendfeuerwehren ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, in diesem Jahr kommen voraussichtlich zwei weitere Gründungen hinzu.

Erfolgsgeschichte des Feuerwehr-Informations-Zentrums geht weiter

Auch im vergangenen Jahr hielt der Ansturm auf das im Jahr 2006 gegründete Feuerwehr-Informations-Zentrum (FIZ) ungebrochen an. Im Schnitt sind täglich drei Gruppen mit je 30 Besuchern im FIZ zu Gast, insgesamt kamen im vergangenen Jahr 20.858 Besucher. Im FIZ wird wertvolle Präventionsarbeit geleistet: Ein Schwerpunkt ist die Brandschutzerziehung für Jugendliche.

Weitere Informationen zur Jahresbilanz und zu den Aufgaben der Feuerwehr Hamburg finden Sie im Internet unter www.hamburg.de/innenbehoerde.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter und Ralf Kunz, Tel. 040 – 42839-2673 u. -2678,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Landesamt für Verfassungsschutz

15. Februar 2011/bis15a

Neue TATORT-Kommissarin unterstützt radikale Untergruppierung der Scientology-Organisation

Schauspielerin Sofia Milos ist für die verfassungsfeindliche Organisation aktiv / SO-Gruppe „CCHR“ fährt Kampagne gegen die Psychiatrie

In den USA kennt man sie aus der erfolgreichen Fernsehserie „CSI Miami“, und im Frühjahr sollte sie als neue TATORT-Kommissarin zur besten Sendezeit am Sonntagabend auf Verbrecherjagd gehen: die Schauspielerin Sofia Milos. Die 41-Jährige gehört zu der Schar von Prominenten, die für die verfassungsfeindliche Scientology-Organisation (SO) aktiv ist. Die von ihr unterstützte SO-Gruppierung „CCHR“, die in Deutschland unter der Bezeichnung „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM) auftritt, hat Ende 2009 auch in Hamburg eine Ausstellung mit dem Titel „Psychiatrie: Tod statt Hilfe“ durchgeführt.

Scientology strebt eine Gesellschaftsordnung an, die mit unserer Demokratie nicht vereinbar ist. Zentrale Grundwerte würden in einer „scientologischen Gesellschaft“ eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden, wie zuletzt auch das Oberverwaltungsgericht Münster 2008 festgestellt hat. Die Organisation wird seit 1997 von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet.

Von der TATORT-Kommissarin bis zum Hollywood-Star: Promis als Werbeträger

Scientology wirbt intensiv um neue Mitglieder. Diese Werbung reicht von Informationsständen, Postwurfsendungen, verschiedensten Internetauftritten bis hin zu Prominenten als Werbeträger – zum Beispiel Sofia Milos. Für die Betreuung der „Promis“ gibt es die organisationseigenen „Celebrity Center“ (CC); das glamouröseste Center befindet sich passenderweise in Hollywood. Dort sind die Stars von Scientology unter sich und können sich – ganz im scientologischen Sinn – als „Spitze der menschlichen Evolution“ betrachten.

Die Scientology-Organisation bindet Prominente gezielt in ihre Werbestrategien ein, um über deren Bekanntheitsgrad Zugang zu breiteren Bevölkerungsschichten zu erhalten. So gibt zum Beispiel Tom

Cruise den Botschafter der SO im ShowBiz und bei Treffen mit Politikern. John Travolta fliegt im Namen von Scientology öffentlichkeitswirksam Hilfsgüter nach Haiti – und die für eine Rolle im TATORT vorgesehene Schauspielerin Sofia Milos weist auf ihrer Internetseite auf die „Citizens Commission on Human Rights“ (CCHR) hin.

Kampagnen gegen die Psychiatrie

Die CCHR, in Deutschland auch unter dem Namen „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM) aktiv, ist eine besonders radikale Scientology-Gruppe. Ihr Kampf gilt einem unliebsamen Konkurrenten: der Psychiatrie. Hintergrund: Scientology-Gründer L. Ron Hubbard hatte stets ein Monopol jeglicher psychischer Betreuung angestrebt, die Psychiatrie ist für die SO daher ein besonderer Gegner. So sei es laut einer internen Verlautbarung unter Scientologen „Zeit, das Feld der geistigen Gesundheit zu übernehmen“ und nur die „Dianetik“ sei „die Lösung für alle Probleme der geistigen Gesundheit“ [Quelle: die SO-interne Publikation „Planetary Dissemination News, Issue 2]. „Dianetik“ ist die scientologische Methode zur angeblichen Beseitigung von Krankheiten sowie seelischer Probleme.

Der internationale Zweig der CCHR verunglimpfte Psychiater gar als „Verrückte, Mörder und Vergewaltiger“. Nach Ansicht von Scientology stehe die Psychiatrie für „Misshandlung im Namen der Medizin“, die „Erfindung von seelischen Krankheiten“ und „eine Industrie des Todes“. Zudem wende sie „kriminelle Praktiken“ an und sorge für „die Zerstörung der Moral“ sowie den „Zusammenbruch des Schulwesens und der Gesellschaft“ [Zitate aus CCHR bzw. KVPM-Publikationen]. Auch in Hamburg führte Scientology Ende 2009 eine Ausstellung mit dem Tenor „Psychiatrie: Tod statt Hilfe“ durch.

Die anhaltende Kampagne der SO mittels CCHR und KVPM gegen die Psychiatrie ist allerdings nur eine Stoßrichtung von vielen – die SO hat diverse gesellschaftliche und politische Bereiche im Visier und versucht beispielsweise auch, über Anti-Drogen-Kampagnen oder auch Aktivitäten rund um das Thema Menschenrechte neue Mitglieder zu rekrutieren. Zudem versuchen Scientologen, den von ihnen reklamierten religiösen Status in den Vordergrund zu rücken, um von ihren demokratiefeindlichen Zielen abzulenken. Der negativ besetzte Begriff Scientology wird bei den verschiedenen Aktivitäten übrigens oft vermieden, um potenzielle neue Mitglieder nicht von vornherein abzuschrecken.

Beratungsangebot beim Landesamt für Verfassungsschutz

Wer zum Thema „Scientology-Organisation“ Fragen hat, kann sich gern an das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz wenden, Ansprechpartner dort ist Manfred Napieralla (E-Mail: poststelle@verfassungsschutz.hamburg.de ; Tel.: 040-244443). Viele betroffene Bürger oder Firmen machen vom Beratungsangebot Gebrauch. So hat das LfV Hamburg seit September 2009 rund 300 Fälle bearbeitet – von der einfachen Anfrage bis zur Ausstiegshilfe.

Weitere Informationen zum Thema „Scientology“ finden Sie im Internet unter <http://www.hamburg.de/verfassungsschutz> - dort im Bereich „Arbeitsfeld Scientology-Organisation“ sowie unter der Rubrik „Schlagzeilen“.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Landesamt für Verfassungsschutz

Dr. Manfred Murck, Tel.: 040-42839-4886 od. -2493;

E-Mail: info@verfassungsschutz.hamburg.de

Internet: <http://www.hamburg.de/verfassungsschutz>

17. Februar 2011 / bis 17

Hamburgs Straßenverkehr 2010: Deutlich weniger Verunglückte, Zahl der Unfalltoten auf Tiefststand

Zweistellige Rückgänge bei Unfällen mit Kindern, Fußgängern und Radfahrern

Hamburgs Straßenverkehr ist im vergangenen Jahr erneut sicherer geworden. Der langfristige Trend mit Rückgängen bei der Zahl der Verkehrstoten und der Verunglückten hat sich damit auch 2010 fortgesetzt.

Die Eckdaten der polizeilichen Unfallstatistik für 2010:

- Die Zahl der **Verunglückten** in Hamburg ist 2010 deutlich zurückgegangen (9.220 gegenüber 10.074 im Vorjahr = - 8,5 %)
- Mit 22 **Unfalltoten** wurde der niedrigste Stand seit Beginn der Statistik im Jahr 1953 erreicht.
- Deutliche Rückgänge gab es auch bei der Zahl **verunglückter Kinder** (692 gegenüber 799 im Vorjahr)

Dazu **Innensenator Heino Vahldieck**: „Im vergangenen Jahr sind fast zehn Prozent weniger Menschen auf Hamburgs Straßen verunglückt. Diese erfreuliche Bilanz zeigt: Hamburg befindet sich bei der Verkehrssicherheitsarbeit auf einem richtigen Weg. Die Kombination aus einer konsequenten Verkehrsüberwachung und einer umfangreichen Präventionsarbeit für bestimmte Zielgruppen, vor allem für Kinder, hat sich bewährt.“

Die **Gesamtzahl von 64.375 registrierten Verkehrsunfällen** in Hamburg fiel 2010 mit einer Zunahme von 1,3 % geringfügig höher aus als im Vorjahr. Der Anstieg ist wesentlich auf leichtere Sachschadensunfälle und den langen Winter zurückzuführen. Auf glatten Straßen ereigneten sich zwar mehr Verkehrsunfälle, durch geringere Geschwindigkeiten verliefen diese jedoch überwiegend glimpflich.

Im Weiteren hat sich die Verkehrsunfalllage wie folgt entwickelt:

- Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von **Fußgängern** sank auf 1.298 (-12,7%)
- Noch stärker war der Rückgang bei der Zahl der Unfälle unter Beteiligung von **Radfahrern**; die Zahl lag mit 2.657 um 17,2 % unter der des Vorjahres
- Auch die Unfälle mit **motorisierten Zweiradfahrern** sind deutlich gesunken: 1.382 bedeuten ein Minus von 12,4 %.
- Die Unfälle mit Beteiligung von **Senioren (ab 65 Jahren)** stiegen auch 2010 weiter an. 10.002 Unfälle bedeuten eine Zunahme um 381, gleichbedeutend einem Plus von 4,0 % gegenüber dem Jahr 2009. Positiv ist dabei die Tatsache, dass die Zahl der verunglückten Senioren gleichzeitig sank, sie lag bei 800 nach 930 im Vorjahr.

- Auch im Jahr 2010 waren die „**Jungen Erwachsenen**“ (18- bis 24-jährige) vermehrt an Unfällen beteiligt (+700 auf 11.820) Die Zahl der Verunglückten in dieser Altersgruppe sank dagegen von 1.446 auf 1.282.
- Erfreulich ist aus Sicht der Polizei auch der weiterhin rückläufige Trend bei den **Alkoholunfällen** (756 = - 14,0 %) und den **Drogenunfällen** (86 gegenüber 94 im Vorjahr).
- Bei **Verkehrsunfällen mit Personenschäden** wurden zu insgesamt rund 29 % überhöhte Geschwindigkeit und zu geringer Sicherheitsabstand als **Hauptunfallursache** festgestellt; hier zeigt sich ein nahezu unveränderter Trend gegenüber dem Vorjahr.

Innensenator Heino Vahldieck: „Hamburg nimmt bei der Unfallprävention eine Vorreiterrolle ein, nicht zuletzt durch den flächendeckenden Einsatz hauptamtlicher Polizeiverkehrslehrer an den Schulen und ein enges Netzwerk aller wichtigen Verkehrssicherheitsorganisationen in der Stadt, das seit 2008 im Forum Verkehrssicherheit unter der Leitung der Behörde für Inneres und Sport existiert.“

Schon im März des vergangenen Jahres hatte die Behörde für Inneres und Sport bei einer Veranstaltung in der Handelskammer ein neues Verkehrssicherheitskonzept für Seniorinnen und Senioren präsentiert, das unter dem Titel „Einfach mobil bleiben“ elf unterschiedliche Beratungs- und Schulungsangebote unter einem Dach vereint. Ebenfalls im März des vergangenen Jahres hat das Forum Verkehrssicherheit die Europäische Charta für Verkehrssicherheit unterzeichnet.

Anlage:

<u>Freie- und Hansestadt Hamburg</u>	2010	2009	+ / -	Differenz
Verkehrsunfälle gesamt	64.375	63.563	+ 812	+ 1,3 %

Leichtverletzte Personen	8.450	9.199	- 749	- 8,1 %
Schwerverletzte Personen	748	842	- 94	- 11,2 %
Getötete Per- sonen	22	33	- 11	-

Verkehrsunfälle mit Kindern	581	696	- 115	- 16,5 %
Verletzte Kinder	691	799	- 108	-13,5 %
Getötete Kinder	1	0	+ 1	-

Verkehrsunfälle mit Jungen Er- wachsenen	11.820	11.120	+ 700	+ 6,3 %
Verletzte Junge Erwachsene	1.279	1.443	- 164	- 11,4 %
Getötete Junge Erwachsene	3	3	-	-

Verkehrsunfälle mit Senioren	10.002	9.621	+ 381	+ 4,0 %
Verletzte Senio- ren	792	916	- 124	- 13,5 %
Getötete Senio- ren	8	14	- 6	-

Verkehrsunfälle mit Fußgängern	1.298	1.487	- 189	- 12,7 %
Verletzte Fußgänger	987	1.123	- 136	- 12,1 %
Getötete Fußgänger	4	13	- 9	-

Verkehrsunfälle mit Radfahrern	2.657	3.208	- 551	- 17,2 %
Verletzte Radfahrer	1.936	2.281	- 345	- 15,1 %
Getötete Radfahrer	4	6	- 2	-

Verkehrsunfälle mit motorisierten Zweirädern (alle)	1.382	1.577	- 195	- 12,4 %
Verletzte motorisierte Zweiradfahrer	768	862	- 94	- 10,9 %
Getötete motorisierte Zweiradfahrer	6	6	-	-

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter und Ralf Kunz, Tel. 040 – 42839-2673 u. -2678,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

14. Februar 2011/bwa14

Bio und Regional in Hamburg

Bei der heutigen Veranstaltung „Bio und Regional in Hamburg - wo stehen wir und wo soll es hingehen?“ ging es um den Markt für Bioprodukte in Hamburg.

Der Markt für Bio-Lebensmittel wächst. Von 2000 bis ins Jahr 2009 stieg in Deutschland der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln von 2.1 Mrd. Euro auf 5,8 Mrd. Euro an. Die Stagnation im Jahr 2009 scheint überwunden, zumindest der Naturkosthandel meldete für das erste Halbjahr 2010 ein 10%iges Umsatzplus. Auch der jüngste Dioxin-Fall hat nicht nur bei Eiern und Schweinefleisch den Bio-Umsatz befördert.

Während die Zunahme ökologisch bewirtschafteter Flächen in Deutschland deutlich hinter dem Bedarf bleibt, kommen die Rohstoffe für diesen wachsenden Bio-Markt verstärkt aus der ganzen Welt zu uns. Für Kaffee, Tee, tropische Früchte und vieles mehr ist das selbstverständlich. Ganz besonders Hamburg, das Tor zur Welt, ist mit seinem Hafen Drehscheibe für diese Produkte. Aber Weizen aus der Ukraine, Apfelsaftkonzentrat und Broccoli (tiefgefroren) aus China, Äpfel aus Südamerika und Neuseeland, Rindfleisch aus Argentinien, Frühkartoffeln aus Ägypten und Erdbeeren aus Israel sind Zeugen des globalen Handels, der inzwischen auch im Biomarkt eine Selbstverständlichkeit ist.

Auch in Hamburg nimmt Zahl und Fläche ökologisch wirtschaftender Gartenbau- und Landwirtschaftsbetriebe nur wenig zu. Ebenso sind in den benachbarten Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Anteile der Bio-Landwirtschaft, gemessen an den Umsatzzuwächsen des Bio-Marktes, eher gering. Mit der Finanzierung von Beratungsangeboten für Obstbaubetriebe und dem Angebot von Umstellungs- und Förderprämien für die ökologische Bewirtschaftung unterstützen wir die Entwicklung des Öko-Landbaus.

Während im Erzeugerbereich deutliche Zuwächse ausbleiben, nimmt die Zahl der Unternehmen in Hamburg, die ökologische Lebensmittel verarbeiten und handeln überdurchschnittlich zu. So stieg die Zahl der im Rahmen des Öko-Kontrollverfahren gemeldeten Betriebe bei uns von 163 Unternehmen im Jahr 2004 auf mittlerweile knapp 450 Unternehmen im Jahr 2010. Jetzt versucht die Behörde für Wirtschaft und Arbeit mehr Kenntnisse und damit Transparenz über Angebots- und Vermarktungsstrukturen im regionalen Bio-Sektor zu gewinnen. Als Auftragnehmer für dieses Projekt konnte die Universität Hamburg gewonnen werden, denn Daten zu den Strukturen des regionalen Öko-Marktes fehlen bisher. Und die bundesweit ermittelten Zahlen zum Absatz von Bioprodukten oder dem Käuferverhalten lassen sich nicht auf kleinere Teilregionen, wie z.B. die Metropolregion Hamburg, herunter rechnen! Aber erst

auf der Grundlage dieser Informationen können Entscheidungen über gezielte Maßnahmen zur Erweiterung des Öko-Landbaus und der regionalen Vermarktung der Bio-Produkte getroffen werden.

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit bietet mit der Regionalinitiative „Aus der Region für die Region“ in verschiedenen thematischen Schwerpunkten Anknüpfungspunkte. Zu den Themen Regionale Produkte beim Großverbraucher (z.B. Kantinen) und in der Schulverpflegung sind Projekte an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften gestartet. Der Veranstaltungskalender „Aus der Region für die Region“ veröffentlicht Termine zum Thema regionale Bio-Produkte und im Rahmen der 3. Klimawoche Ende September 2011 findet auch die diesjährige Veranstaltung Bio Erleben statt. Geplant sind weiterhin in 2011 der Aufbau von Teilnetzwerken in den Bereichen Gastronomie, Ernährungshandwerk, Wochenmarkt und Lebensmitteleinzelhandel.

Die heutige Veranstaltung liefert neueste Zahlen und Informationen über den Markt für Bioprodukte in Hamburg geben und stellt Ansätze vor, wie die Vermarktung regional erzeugter Bioprodukte glaubwürdig und möglichst effektiv gestaltet werden kann.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Pressestelle, Susanne Meinecke

Telefon:04042841 2239

www.hamburg.de/bwa

13. Februar 2011/bsb13

Evaluation bestätigt gute Aufbauarbeit des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung

Die Zusammenfassung aller staatlichen berufsbildenden Schulen im Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) im Jahr 2007 hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Qualität an beruflichen Schulen verbessert werden kann. Das ist die zentrale Erkenntnis einer Evaluation des Instituts, die von der Prognos AG im Auftrag der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) durchgeführt wurde. Darüber hinaus hat das Beratungsunternehmen bedeutsame Empfehlungen für die Weiterentwicklung des HIBB vorgelegt.

Bildungssenator Wersich: „Hamburgs berufliche Schulen sind in den vergangenen Jahren immer besser geworden und haben durch die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wichtige Impulse für die Stärkung der dualen Ausbildungsberufe geleistet. Auf diesem Boden ist auch die engagierte Vorarbeit für die bessere berufliche Orientierung in Stadtteilschulen und Gymnasien möglich geworden, die nun ab dem neuen Schuljahr umgesetzt wird. Ich gratuliere zu dem positiven Ergebnis der Evaluation und danke allen, die sich mit Engagement und zeitlichem Einsatz daran beteiligt haben.“

Schwerpunkte der Empfehlungen von Prognos sind:

- das HIBB in seiner Eigenständigkeit als Landesbetrieb weiter zu stärken,
- die Aufbauorganisation ergebnisorientiert zu gestalten,
- die Grundlagen für die Steuerung zu verbessern,
- die Rollen der Akteure im HIBB zu klären und die HIBB-Identität zu stärken,
- die Beteiligung von allen Interessengruppen der beruflichen Bildung zu sichern,
- die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schule in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Vorschläge zur Weiterentwicklung werden nun im HIBB, in der BSB und in den zuständigen Gremien im Einzelnen beraten und im Hinblick auf eine mögliche Umsetzung geprüft. Dabei wird auch die Stellungnahme des Landesausschusses für Berufliche Bildung herangezogen, der die Evaluation auf Wunsch der BSB konstruktiv begleitet hat.

Der Evaluationsbericht steht im Internet zum Download bereit unter:

<http://www.hibb.hamburg.de/index.php/article/detail/1360>

Für Rückfragen der Medien:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsq.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

15. Februar 2011/bsb15

Neu erschienen bei der Landeszentrale für politische Bildung: „Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf. Biographische Spurensuche“

Die Landeszentrale für politische Bildung und das Institut für die Geschichte der deutschen Juden haben die neunte Veröffentlichung der Publikationsreihe „Stolpersteine in Hamburg. Biographische Spurensuche“ herausgebracht. Sie befasst sich mit dem Stadtteil Eppendorf.

Mehr als 300 Stolpersteine liegen in Eppendorf und Hoheluft-Ost. Sie erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus, die ermordet oder zur Selbsttötung getrieben wurden. Rund 260 dieser Lebenswege wurden von einer Gruppe des Stadtteilarchivs Eppendorf erforscht. Die beiden Autorinnen Maria Koser und Sabine Brunotte haben sie in zwei Bänden: „Stolpersteine in Hamburg-Eppendorf und Hamburg Hoheluft-Ost. Eine biographische Spurensuche“ nachgezeichnet. Die Opfer waren jüdischen Glaubens oder hatten jüdische Vorfahren, waren homosexuell, arbeiteten politisch gegen das nationalsozialistische System, waren psychisch krank oder wollten sich als Zeuge Jehovas nicht der Diktatur beugen.

Bisher sind in dieser Publikationsreihe acht Bände zu verschiedenen Hamburger Stadtteilen erschienen (Hamm, Altona, Wandsbek mit den Walddörfern, Winterhude, St. Pauli, St. Georg, Isestraße, Barmbek und Uhlenhorst). In Hamburg erinnern inzwischen ca. 3000 Stolpersteine an Menschen, die während der NS-Zeit ermordet wurden.

Die Publikation erhalten Sie gegen eine Bereitstellungspauschale von 6 Euro (für zwei Bände) im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1 während der Öffnungszeiten Montag bis Donnerstag von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr und Freitag von 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr.

Bei Rückfragen:

Landeszentrale für politische Bildung

Dr. Rita Bake, rita.bake@bsb.hamburg.de

Tel.: 040/428 23 4804

17. Februar 2011/bsb17

Senator Wersich trifft wichtige Entscheidungen zu Schulbaumaßnahmen

Neubau für die Stadtteilschule Lurup und Lösung für die Schule Tegelweg

Um die Unterrichtssituation zügig zu verbessern und den Schulen Planungssicherheit zu geben, hat Bildungssenator Dietrich Wersich jetzt – nachdem er bereits den Planungsstopp für Schulbaumaßnahmen im Raum Süderelbe aufgehoben hatte – weitere wichtige Entscheidungen zu Schulbaumaßnahmen in Hamburg getroffen. Vorausgegangen war eine intensive Prüfung der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) mit Schulbau Hamburg, welche Erweiterungsbauten schon vor der Entscheidung über den neuen Schulentwicklungsplan (SEPL) auf den Weg gebracht werden können.

Besonders für die Eltern, Lehrer, Schülerinnen und Schüler der Schule Tegelweg endet damit jahrelange Ungewissheit, wie es mit dem stark sanierungsbedürftigen Schulbau weitergeht, in dem zurzeit rund 100 körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Nach sorgfältiger Prüfung hat die BSB entschieden, dass die Schule Tegelweg an einem anderen Standort neu gebaut und das bisher genutzte Gebäude jetzt zügig bis Beginn des neuen Schuljahres für die Übergangszeit ertüchtigt wird. „Damit verbessern wir zeitnah die Unterrichtssituation für die Schülerinnen und Schüler, die jetzt am Tegelweg unterrichtet werden und schaffen mit einem Neubau auch langfristig eine gute Perspektive für die Schule“, sagt Senator Dietrich Wersich. Die möglichen Alternativen für den Standort werden derzeit eingehend geprüft. Ein Neubau auf dem bestehenden Schulgelände scheidet aus Platzgründen aus, auch würde dadurch der Schulbetrieb erheblich gestört.

Eine klare Perspektive bekommt der Stadtteil Lurup: Durch Wiedereinrichtung der dortigen Grundschule und Erweiterung der Stadtteilschule Am Altonaer Volkspark/ Luruper Hauptstraße besteht hier erheblicher Zubaubedarf. Um diesem gerecht zu werden, hat Senator Wersich entschieden, die für die Sekundarstufe I der Stadtteilschule Lurup benötigten Räumlichkeiten auf dem vorhandenen Schulgrundstück Am Altonaer Volkspark zu errichten und dabei die dort bislang vorhandenen Räume durch einen Neubau zu ersetzen oder in die Sanierung einzubeziehen. In Abstimmung mit dem Bezirk Altona sollen die Planungen nun vorangetrieben werden.

Außerdem werden an fünf weiteren Schulstandorten die Kapazitäten für Unterrichtsräume bedarfsgerecht erweitert:

- Grundschule Wesperloh
- Grundschule An der Isebek (am zukünftigen zweiten Standort, ehemals Astrid-Lindgren-Schule)
- Grundschule Hasenweg
- Gymnasium Rahlstedt
- Grundschule Nydamer Weg

Insgesamt umfassen diese sieben Maßnahmen ein Volumen von etwa 35 Mio. Euro (nicht eingerechnet ist der Neubau der Schule Tegelweg). Sie werden jetzt von der BSB bei Schulbau Hamburg in Auftrag gegeben beziehungsweise in ihrer Planung weiter vorangebracht. Die Ausbau- und Neubaubedarfe weiterer Schulstandorte werden im Rahmen der notwendigen Überarbeitung des Schulentwicklungsplans ermittelt. Darüber hinaus laufen in Regie von Schulbau Hamburg derzeit fast 1.000 Sanierungsmaßnahmen an Hamburger Schulen mit einem finanziellen Umfang von 250 Mio. Euro jährlich.

Für Rückfragen der Medien:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

14. Februar 2011/bsg14

Flughafen Hamburg prämiert

Sozialsenator Dietrich Wersich und Senatskoordinatorin Antje Blumenthal zeichnen Unternehmen für vorbildliches Eingliederungsmanagement aus

Das Integrationsamt der Sozialbehörde hat in diesem Jahr zum ersten Mal eine Prämie für außergewöhnlich gutes Betriebliches Eingliederungsmanagement vergeben. Die Prämie in Höhe von 10.000 Euro geht an den Flughafen Hamburg. Der Flughafen Hamburg sei ein besonders gutes Beispiel für eine fortschrittliche und umsichtige Personalpolitik, heißt es unter anderem in der Begründung für die Prämienvergabe. **Sozialsenator Dietrich Wersich und Antje Blumenthal, Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen in Hamburg, haben Vertretern des Flughafens die Auszeichnung heute in einer Feierstunde im Rathaus überreicht.**

„Das Unternehmen Flughafen Hamburg macht mit seinem betrieblichen Eingliederungsmanagement deutlich, dass den Verantwortlichen dort das gesundheitliche Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr am Herzen liegt“, lobt **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Die Anstrengungen des extra eingerichteten Präventionsteams gehen weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus – und sie haben Erfolg. Aus der Bewerbung des Flughafens wurde zum Beispiel deutlich, dass der Krankenstand seit Einführung des BEM deutlich zurückgegangen ist. Viele Unternehmen in Hamburg tun schon viel im Eingliederungsmanagement, ich hoffe, dass der Flughafen Hamburg für viele weitere ein gutes Beispiel ist.“

„Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung. Hamburg Airport war im Jahr 2006 Vorreiter in der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements und konnte seither vielen Unternehmen wertvolle Anregungen geben“, sagt **Michael Eggenschwiler, Vorsitzender der Geschäftsführung am Hamburg Airport**. „Das Programm läuft im Unternehmen sehr partnerschaftlich. Betriebsrat und alle Mitglieder des BEM-Teams sind mit großem Engagement dabei, für in gesundheitliche Not geratene Mitarbeiter Lösungen für dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den Kollegen der Beratungsinitiative Hamburg der Fortbildungsakademie der Wirtschaft. Sie haben uns bei der Umsetzung wesentlich unterstützt.“

Zur Bewerbung waren alle Unternehmen der Stadt aufgerufen, die besondere betriebliche Maßnahmen im Rahmen des Eingliederungsmanagements ergreifen. Dabei sollten unter anderem spezielle Ideen,

die über die gesetzlichen Maßnahmen hinausgehen, und auch die Erfüllung der gesetzlichen Beschäftigungsquote in Bezug auf schwerbehinderte Menschen, besonders dargestellt werden.

Elf Unternehmen hatten sich für die erste Prämierung beim Integrationsamt der Sozialbehörde beworben. Der Beratende Ausschuss beim Integrationsamt, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verbände und Gewerkschaften vertreten sind, hat gemeinsam mit der Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen aus allen Bewerbungen einstimmig den Flughafen Hamburg für sein vorbildliches betriebliches Eingliederungsmanagement ausgewählt.

Die Gründe: Ein Integrationsteam, spezielle personelle Ressourcen im Personalbereich, umfassende Schulungen – besonders der Führungskräfte –, ein ausführliches Reporting und eine Evaluation, sowie die Transparenz des Verfahrens und auch die Akzeptanz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, haben zu messbaren Erfolgen geführt. Die krankheitsbedingten Ausfallzeiten sind signifikant zurück gegangen, es werden Arbeitsplätze so gestaltet, dass weiterhin schwerbehinderte Menschen in allen Bereichen eingesetzt werden können.

Grundlage für das betriebliche Eingliederungsmanagement ist § 84 im neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX). Absatz 2 regelt, dass für Beschäftigte, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig sind, das BEM greifen soll. Sinn des Eingliederungsmanagements ist zum einen, bei ersten Anzeichen mit Präventionsmaßnahmen einer möglichen Arbeitsunfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzubeugen. Zum anderen soll es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch gezielte Hilfen und Leistungen möglich gemacht werden, ihren Wunschberuf auszuüben, beziehungsweise nach schwerer Krankheit oder einem Unfall weiter ihrer gelernten Tätigkeit nachgehen zu können. Wie genau das betriebliche Eingliederungsmanagement ausgestaltet wird, bleibt – bis auf wenige Vorgaben des Bundesgesetzgebers – den Unternehmen überlassen.

Für Rückfragen der Medien:

<p>Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle, Julia Seifert Tel.: 040 - 42863-2889 E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de</p>	<p>Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Frauke Prenzler Tel.: 040 - 42863-5723, E-Mail: frauке.prenzler@bsg.hamburg.de</p>
---	--

14. Februar 2011/bsg14a

Netzwerk für die Gesundheitswirtschaft in Hamburg Nächster Schritt zur Stärkung der Gesundheitsmetropole Hamburg

28 Mitglieder sind es schon, weitere wollen dazu, doch es ist noch Raum für viele weitere Akteure aus der Gesundheitswirtschaft: Der Verein Gesundheitsmetropole Hamburg e.V. (GMHH) nimmt zunehmend eine zentrale Rolle beim Ausbau der Gesundheitswirtschaft in Hamburg ein. In einer Auftaktveranstaltung für Mitglieder und Interessenten am heutigen Montag informieren Vorstand und Geschäftsführung über den Stand der Aktivitäten und über kommende Vorhaben.

„In der Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH (GWHH) haben wir gemeinsam mit der Handelskammer Kompetenzen von Anbietern und Akteuren der Gesundheitswirtschaft zusammengeführt und Kooperationsstrukturen geschaffen. Dadurch werden die Potenziale für Wachstum, Beschäftigung und Qualität der Versorgung für die Hamburgerinnen und Hamburger gefördert“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Durch den Verein Gesundheitsmetropole Hamburg wurden diese Aktivitäten um einen weiteren Baustein ergänzt. Der Verein wird Akteure und Anbieter unterschiedlicher Branchensegmente, die am Produkt Gesundheit beteiligt sind, noch enger vernetzen und auf diese Weise gemeinsame Projekte ermöglichen. Zudem werden neben weiteren Unternehmen darüber hinaus auch Verbraucher- und Patienteninitiativen sowie Selbsthilfegruppen durch den Verein angesprochen. Dadurch soll möglichst gewährleistet werden, dass die Interessen von Patientinnen und Patienten auch zukünftig im Fokus bleiben.“

Dr. Maren Kentgens, Geschäftsführerin der GWHH und der GMHH: „Wir freuen uns riesig über die große Resonanz zur Informationsveranstaltung unseres Vereins Gesundheitsmetropole Hamburg e. V. und sehen dadurch bestätigt, dass innerhalb der Gesundheitswirtschaft Hamburg ein großes Interesse an Mehrwert durch Vernetzung besteht.“

Nachdem in einem ersten Schritt Stadt und Handelskammer die Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH (GWHH) gegründet hatten und gemeinsam mit über 60 Unternehmen und Institutionen beim Wettbewerb „Gesundheitsregionen der Zukunft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erfolgreich waren wird nun der nächste Schritt getan. Zur Weiterentwicklung werden durch die GWHH Fachgremien, sogenannte Councils, eingerichtet. Aus diesen sollen zukünftig die Impulse hervorgehen, die dann gemeinsam durch das Netzwerk und die GWHH umgesetzt werden. Um dabei möglichst alle Branchenbereiche der Gesundheitswirtschaft einzubinden, ist für die Mitarbeit in den Councils die Mitgliedschaft im GMHH e.V. wünschenswert.

Als Gesellschafter der GWHH stellt der Senat zur Förderung der Gesundheitswirtschaft bzw. zur Unterstützung ausgewählter Projekte jährlich aktuell rund 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen zu GWHH und GMHH stehen online unter www.gwhh.de zur Verfügung.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

15. Februar 2011/bsg15a

Mit dem DZSKJ am UKE hat Hamburg in der Suchtmittelkonsumforschung bei Jugendlichen die Nase vorne

Externe Evaluation belegt besondere Position und Entwicklung – Erkenntnisse verbessern die Behandlung und Prävention bei Jugendlichen

Mit dem Deutschen Zentrum für Suchtfragen des Kinder- und Jugendalters (DZSKJ) verfügt Hamburg über eine bundesweit einmalige Einrichtung. Die Wertigkeit der dortigen Arbeit wurde jetzt durch ein externes Gutachten belegt. „Kinder und Jugendliche sind hinsichtlich des Suchtmittelkonsums in besondere Art und Weise gefährdet. Eine Binsenweisheit, über die aber bis vor wenigen Jahren kaum Forschungswissen bestand. Um entsprechend fundierte und fachlich untermauerte Erkenntnisse zu gewinnen und daraus Schlussfolgerungen für die wirkungsvolle Behandlung und die Suchtprävention von Kindern und Jugendlichen ziehen zu können, haben wir 2006 in Hamburg das DZSKJ am Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) gegründet“, so Gesundheitssenator Dietrich Wersich. „Die nun vorliegende Evaluation bestätigt unseren Schritt zur Gründung und Finanzierung des DZSKJ. Zusammen mit der ambulanten und jetzt neu auch stationären Behandlung suchtkranker Kinder und Jugendlicher ist am UKE in den letzten Jahren ein umfassendes Kompetenzzentrum für eine drogenfreie Kindheit und Jugend aufgebaut worden.“

Mit dem Start des DZSKJ im Jahr 2006 war die Erwartung verbunden, dass die Einrichtung zum einen Grundlagenforschung zu den Ursachen von Suchtgefährdung, zur Prävention und Früherkennung bei Suchtmittelkonsum und zur Behandlung von Suchtstörungen im Kindes- und Jugendalter betreibt. Zum anderen sollte durch die Erkenntnisse die Qualität der gezielten Suchtprävention in Hamburg gesichert bzw. verbessert werden. Um das Erreichen dieser Ziele zu überprüfen, wurde im vergangenen Jahr Prof. Dr. med. Franz Resch, Ordinarius für Kinder- und Jugendpsychiatrie des Universitätsklinikums Heidelberg, mit der Evaluation des DZSKJ beauftragt.

Das jetzt vorliegende Gutachten kommt zu einer positiven zusammenfassenden Bewertung: „Das DZSKJ hat in zusammenfassender Würdigung die ihm übertragenen Aufgaben und Tätigkeitsbereiche hervorragend bearbeitet und die an das Zentrum gerichteten Erwartungen erkennbar erfüllt bis übertroffen. Das DZSKJ hat sich in seiner wissenschaftlichen Entwicklung, wie in den Bereichen Qualitätssicherung, in lokaler, nationaler und internationaler Perspektive bewährt und ist zu einem unverzichtbaren Schwerpunkt im Themenbereich „Suchtstörungen bei Kindern und Jugendlichen“ geworden. Das DZSKJ bildet damit im Netzwerk der Hamburger Institutionen zu diesem Thema einen Knotenpunkt („Hot-Spot“), der die Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit nachhaltig unterstützen kann und zur Qualitätsverbesserung in Forschung und Praxis beiträgt.“

„Das DZSKJ hat sich als bundesweit einmaliges Institut in Suchtfragen im Kinder- und Jugendalter etabliert. Wir freuen uns, dass die externe Evaluation dies belegt“, sagt **Prof. Dr. Jörg F. Debatin**, Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender des UKE. „Die Leistung der DZSKJ zeigt sich auch in den umfassenden Forschungstätigkeiten und Veröffentlichungen“, sagt **Prof. Dr. Uwe Koch-Gromus**, Dekan der Medizinischen Fakultät und Vorstandsmitglied des UKE. „Mit den Erkenntnisse,

die aus der Arbeit des DZSKJ hervorgehen, können wir die indizierte Suchtprävention direkt verbessern“, **Prof. Dr. med. Rainer Thomasius, ärztlicher Leiter des DZSKJ.**

„Die besten Erkenntnisse wären nutzlos, wenn das gewonnene Wissen nicht in die Praxis vermittelt wird, um dort in tragfähige Konzepte und Methoden der Prävention, Beratung und Behandlung von suchtgefährdeten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen umgesetzt zu werden“, ergänzt **Gesundheitssenator Wersich.** „Entsprechend wirkt das DZSKJ in die Arbeitsfelder der Schule, Jugendhilfe, Suchthilfe und der medizinischen Versorgung hinein und hat Verantwortung - ergänzend zu den bestehenden Fachstellen für Suchtprävention - für die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der indizierten Suchtprävention, Suchtberatung und Behandlung für suchtgefährdete oder von Suchtstörungen betroffenen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.“

Mit der erfolgreichen Evaluation wird auch die Perspektive für die weitere Finanzierung des DZSKJ über das Jahr 2011 hinaus durch eine Zuwendung seitens der Stadt in Höhe von jährlich 288.000 Euro eröffnet. Das UKE beteiligt sich an der Finanzierung. „Das DZSKJ sollte von der Stadt weiter so entschlossen gefördert werden, denn es ist gut investiertes Geld für die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen“, so **Gesundheitssenator Wersich** abschließend.

Die Evaluation zum DZSKJ ist in Kürze unter <http://www.hamburg.de/startseite-drogen-sucht/> im Internet einsehbar.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

16. Februar 2011/bsg16

Integration – im Interesse aller

Hamburg stellt bei 6. Integrationsministerkonferenz Erfolge und Programm „Mehr Migranten in den öffentlichen Dienst“ vor

„Integration – im Interesse aller! Chancen erkennen. Kompetenzen nutzen. Teilhabe fördern“: Unter diesem Motto beginnt heute im rheinland-pfälzischen Mainz die zweitägige Konferenz der Landesintegrationsminister. Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert, die bei der Konferenz Hamburg vertritt, wird gemeinsam mit den Vertretern der anderen Bundesländer zentrale Themen der Integrationsförderung und der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern diskutieren. Unter anderem wird es um die Forderung der Länder gehen, der Bund müsse die Finanzierung für ausreichend Integrationskurse sicher stellen. Außerdem wird auf der Konferenz der erste Länderbericht zum Integrationsmonitoring vorgelegt und Hamburg berichtet gemeinsam mit Berlin über die erreichten Fortschritte der jeweiligen Länderprogramme „Mehr Migranten in den öffentlichen Dienst“.

Die Integrationskurse und die Verbesserung der Möglichkeiten zur Teilnahme nehmen bei der 6. Integrationsministerkonferenz einen breiten Raum ein. „Hamburg wird sich dafür einsetzen, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt und die Rahmenbedingungen schafft, damit alle berechtigten Zugewanderten auch tatsächlich einen Integrationskurs besuchen können“, so **Integrations senator Dietrich Wersich**, der bei der Konferenz von Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert vertreten wird. Im vergangenen Jahr hatte der Bund den Zugang für Zuwanderer, die freiwillig am Integrationskurs teilnehmen wollten, für mehrere Monate eingeschränkt. „Dadurch wurden Erfolge gefährdet, die die Bundesländer durch ergänzende Maßnahmen erreicht haben. So haben wir vier zusätzliche Projekte für einen verbesserten Spracherwerb gestartet“, sagt **Senator Wersich**. Es handelt sich um folgende Projekte:

1. Um auch Frauen aus bildungsfernen Familien für das Erlernen der deutschen Sprache zu motivieren, hat Hamburg das Projekt „Regenbogen“ der Türkischen Gemeinde (TGH) mit Fördermitteln unterstützt. Durch dieses Projekt konnten jährlich rund 400 Frauen an Integrationskurse herangeführt werden.
2. Die Integrationszentren führen Kurse zur Alphabetisierung in der Herkunftssprache durch. Hier bereiten sich Zuwanderer aus bildungsfernen Schichten auf die Lernanforderungen im Integrationskurs vor.
3. Geduldete Flüchtlinge und Asylsuchende können in Hamburg 300 Unterrichtsstunden am Integrationskurs teilnehmen und Grundkenntnisse der deutschen Sprache erlernen. Die Kosten trägt die Stadt. Rund 800 Personen haben dieses Angebot in den vergangenen zwei Jahren in Anspruch genommen.
4. Das Ehrenamtsprojekt der Bücherhallen „Dialog in Deutsch“ ist ein Angebot für Erwachsene, die bereits am Integrationskurs teilgenommen haben und ihre Deutschkenntnisse im Gespräch anwenden und vertiefen wollen. Die Gruppen sind offen und kostenlos. Inzwischen sind am Projekt 17 Bücherhallen beteiligt, die 31. Gesprächsgruppe ist Anfang Februar gestartet.

Integrationsmonitoring

Die Länder haben einen umfassenden Bericht zum Integrationsmonitoring erarbeitet. Damit liegen erstmals valide und nachvollziehbare Indikatoren zum Stand der Integration in allen 16 Bundesländern vor. Der mehrere hundert Seiten starke Bericht informiert unter anderem über Sprachförderung, Schu-

le, Ausbildung, Arbeit oder Einkommen. Er hat nicht die Funktion eines Länderranking, gibt aber den Ländern Hinweise, in welchen Bereichen sie ihre Anstrengungen verstärken sollten.

Senator Wersich: „Der Bericht zeigt, dass Hamburg mit seinen Bemühungen im Bereich der Integration – unter anderem durch die besondere Förderung im Bereich der Bildung – auf dem richtigen Weg ist. Für die vergangenen Jahre lässt sich zum Beispiel eine positive Entwicklung im Hinblick auf Schulabschlüsse feststellen. So ist der Anteil von ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss von 2005 bis 2009 um 4,8 Prozent-Punkte zurückgegangen. Außerdem ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mit höheren Bildungsabschüssen gestiegen.“

Der Länderbericht wird nach der Verabschiedung auf der Integrationsministerkonferenz vom Gasgeberland Rheinland-Pfalz veröffentlicht (<http://masgff.rlp.de/integrationsministerkonferenz/>)

Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst

Die Länder Hamburg und Berlin sind Vorreiter beim Thema „Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst“ und legen zur Integrationsministerkonferenz einen Bericht zu bereits getroffenen Maßnahmen und zu Verbesserungsmöglichkeiten vor. Im Bericht wird deutlich, dass Hamburg mit seinen Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Ländervergleich eine Vorbildfunktion hat.

„Hamburg hat in den vergangenen Jahren durch öffentliche Kampagnen, die Öffnung des Einstellungsverfahrens auch für Nicht-EU-Ausländer, Änderungen in den Anforderungsprofilen oder die engere Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen mehr Migrantinnen und Migranten für den öffentlichen Dienst gewonnen als je zuvor. Die Erfolge sind insbesondere bei den jungen Menschen Migrationshintergrund groß: Innerhalb von fünf Jahren konnte der Einstellungsanteil junger Menschen mit Migrationshintergrund von 5,2 Prozent im Jahr 2006 über 10,9 Prozent in 2007, 12,4 Prozent in 2008 und 14,7 Prozent in 2009 bis 15 Prozent im Jahr 2010 fast verdreifacht werden. Unser Ziel sind 20 Prozent“, so **Senator Wersich** abschließend.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

17. Februar 2011/bsg17

Wider die Abzocke an der Haustür oder im Internet Broschüre der Verbraucherschutzbehörde „Kunde=König? Recht im Alltag“ informiert über Risiken und Chancen bei Alltagsge- schäften

„In vielen Alltagsgeschäften verbergen sich Stolperfallen, nicht jeder Einkauf geht ohne Mängel ab: Insbesondere ältere Menschen sind sich über ihre Rechte, aber auch über die Risiken bei Alltagsgeschäften nicht immer im Klaren“, so Verbraucherschutzsenator Dietrich Wersich. Deshalb hat die Hamburger Verbraucherschutzbehörde die Broschüre „Kunde=König? Recht im Alltag (Nicht nur) für Seniorinnen und Senioren“ veröffentlicht. Mit der Broschüre sollen Beratungs- und Begegnungsstellen, die insbesondere älteren Menschen bei Sorgen des Alltags helfen, auf übersichtliche und einfache Weise unterstützt werden.

„Gerade ältere Menschen verbringen viel Zeit zu Hause und werden immer wieder Opfer von unlauteren Verkaufstricks, wie z.B. von Preisausschreiben, die sich dann als Abschluss eines Zeitschriftenabonnements entpuppen oder von angeblichen Gewinnen, die nur über eine gebührenpflichtige Telefonnummer einlösbar sind. Dagegen kann man sich schützen, vor allem durch gute Informationen“, so **Senator Wersich** weiter. „Aber auch beim Umgang mit seriösen Unternehmen, beim täglichen Einkauf, bei Bestellungen im Internet oder beim Anbieterwechsel von Strom oder Telefon können Fallstricke lauern und Unannehmlichkeiten auftreten. Auch hier wollen wir informieren.“

Die Broschüre „Kunde = König?“ der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) soll helfen Risiken und Möglichkeiten zu erkennen und über Rechte und Pflichten informieren. Sie gibt zahlreiche Verbrauchertipps zu den Themen Einkauf, Medien, Werbung, Reisen, Energie und Finanzen.

Für Privatpersonen steht die Broschüre unter www.hamburg.de/kundenschutz/veroeffentlichungen zum Herunterladen zur Verfügung. Beratungsstellen können die Broschüre, solange der Vorrat reicht, kostenlos per E-Mail an kundenschutz@bsg.hamburg.de bestellen.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

18. Februar 2011/bsg18

Erfolgreich Altern in Hamburg

Kongress der Sozialbehörde gibt wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Stadt zum „Seniorenfreundlichen Hamburg“

Wie können wir erfolgreich altern? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit wir auch im Alter aktiv sein und an der Gesellschaft teilhaben können? Welche Rolle haben dabei Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und jeder einzelne? – diesen Fragen hat sich zwei Tage lang der Kongress „Seniorenfreundliches Hamburg“ in der Universität Hamburg gewidmet. Auf Einladung von Sozialsenator Dietrich Wersich haben über 140 Vertreter von Behörden, Organisationen, Trägern und Gremien aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen über die Herausforderungen an eine älter werdende Gesellschaft diskutiert. Die Impulse aus dem Kongress werden in das Konzept „Seniorenfreundliches Hamburg“ einfließen, das in diesem Jahr fertig gestellt werden soll.

„Die Frage, wie wir im Alter leben wollen, ist eine Frage, die ganz unterschiedliche Bereiche wie Stadtentwicklung, Wirtschaft, Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Kultur und Sport betrifft“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Und gerade die Politik darf das Älter-Werden der Gesellschaft nicht ignorieren. In Hamburg haben wir – das haben auch die Diskussionen auf dem Kongress gezeigt – in den vergangenen Jahren schon viel für die Verbesserung der Situation von Senioren erreicht. Allerdings gehört die Frage, wie wir erfolgreich altern, für mich weiter zu einem der Zukunftsschwerpunkte für Politik. Wir haben den Kongress einberufen, um mit allen, die auf diesem Gebiet aktiv sind, ins Gespräch zu kommen und uns mit ihnen über die Herausforderungen an und die Chancen für eine alternde Gesellschaft auszutauschen. Wir haben dadurch wichtige Anregungen bekommen, die umgesetzt werden sollen.“

Die Kernerkenntnis sei, so **Senator Wersich** weiter, dass das gesellschaftliche und individuelle Bild vom Alter revolutioniert werden müsse. „Die überkommene ‚Verdammnis zur Untätigkeit und Bedeutungslosigkeit‘ verstellt den Blick auf die Chancen und Potenziale unseres längeren Lebens. Negative Altersbilder begrenzen die Möglichkeiten Älterer – sowohl hinsichtlich der Offenheit für Engagement als auch dem eigenen Zutrauen. Dabei ist erfolgreich Altern möglich, wenn Gesellschaft und jeder einzelne daran arbeiten.“



Wesentliche Ergebnisse des Kongresses

Die Kongressteilnehmer waren sich weitgehend einig: Hamburg ist bereits gut aufgestellt. In allen Resorts besteht ein Bewusstsein hinsichtlich der Herausforderungen demographischer Veränderungen. Die Workshops haben gezeigt, dass in allen Bereichen bereits mit vielfältigen Maßnahmen, Projekten und Vorhaben an einem seniorenfreundlichen Hamburg gearbeitet wird.

Eine wichtige Botschaft ist, dass eine älter werdende Gesellschaft noch stärker als Chance betrachtet wird – für den einzelnen, der voraussichtlich ein längeres, bei verhältnismäßig guter Gesundheit verbrachtes Leben vor sich hat – aber auch für die Gesellschaft insgesamt, die den Erfahrungsschatz und die Potenziale älterer Menschen braucht.

Von besonderer Bedeutung ist eine gute Vernetzung aller Akteure. Das haben die Teilnehmer aller fünf Workshops ebenso herausgestellt wie die Feststellung, dass es in vielen Bereichen nicht notwendig ist, spezielle Angebote für einzelne Lebensphasen zu machen, sondern dass vielmehr generationenübergreifend gearbeitet werden sollte.

Darüber hinaus wurden in den einzelnen Arbeitsgruppen unter anderem folgende künftige Handlungsschwerpunkte formuliert:

Workshop 1 – Generationen miteinander füreinander

- Nachbarschaftskontore: Aufbau wohnortnaher, nachbarschaftlicher Strukturen als Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement
- Mehr Austausch zwischen Engagierten verschiedener Projekte ermöglichen, Flexibilität fördern
- Arbeitgeber sollten schon während der Phase vor der Rente ehrenamtliches Engagement ermöglichen

Workshop 2 – Im Alter noch leben und arbeiten

- Übergang Berufstätigkeit – Ruhestand – zivilgesellschaftliches Engagement flexibler gestalten
- Seniorenbildung in Regionale Bildungskonferenzen einbinden
- Gegenstand der Bildung muss auch die Bildung über das Altern selbst sein
- Seniorentreffs: Profil überprüfen, professionalisieren

Workshop 3 – Wie wollen wir unseren Lebensraum gestalten?

- Bedarf: Kleine, barrierefreie Wohnungen, da es immer mehr Ein-Personen-Haushalte gibt
- Anwendung des Handlungsrahmens „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen“ bei allen Planungen
- Kleinräumige Sozialraumplanung mit Befragung der Anwohner

Workshop 4 – Gesundes, aktives Altern

- Senioren- und kinderfreundliche Verkehrswege ausbauen
- Angebote zielgruppengerechter, d.h. auch kultursensibel, machen
- Aufsuchende Angebote (z.B. Anschreiben an Bürger zum 70. Geburtstag, präventive Hausbesuche) entwickeln

Workshop 5 – Sicher leben in der Stadt

- Vernetzung von Beratungsinstitutionen der Altenhilfe und Pflege mit Einrichtungen des Opferschutzes
- Nachbarschaften sensibilisieren
- Aufklärung, Sensibilisierung, Fortbildungen / Öffentlichkeitsarbeit

Wie geht es weiter?

Der Kongress „Seniorenfreundliches Hamburg“ war Teil eines Arbeitsprozesses. Er gibt wichtige Impulse und Hinweise für die weitere Gestaltung eines „Seniorenfreundlichen Hamburgs“. Auf der Grundlage der Kongressergebnisse wird nun an konkreten Planungen und Handlungsansätzen für ein „Seniorenfreundliches Hamburg“ gearbeitet werden.

Ziel ist es zum einen, Transparenz zu schaffen darüber, vor welchen demographischen Entwicklungen Hamburg steht und wie Hamburg als seniorenfreundliche Stadt bereits aufgestellt ist. Darüber hinaus sollen Ziele und Handlungsschwerpunkte für ein seniorenfreundliches Hamburg formuliert werden einschließlich der Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden.

Die Seniorenvertretungen werden über den Landes-Seniorenbeirat und die Fachöffentlichkeit über geeignete Gremien weiterhin in diesen Prozess eingebunden.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

15. Februar 2011/bsu15

Sprung über die Elbe auf gutem Weg

Senat berichtet über den Stand des Leitprojektes – IBA und igs im Plan

Das Leitprojekt „Hamburgs Sprung über die Elbe“ ist auf gutem Weg. Dies macht der dritte Bericht des Senats an die Bürgerschaft über den Stand der Projekte deutlich, der heute vorgestellt wurde. „Ich freue mich sehr, dass dieses wichtige Hamburger Leitprojekt mit so großen Schritten erfolgreich voran kommt“, sagte **Dr. Herlind Gundelach, Senatorin für Stadtentwicklung Umwelt**. Und weiter: „Das wichtigste Ergebnis des Berichts ist, dass zeitlich und finanziell alles im Plan ist. Auch der für die Infrastrukturmaßnahmen von der Bürgerschaft vorgegebene Finanzrahmen mit insgesamt 107,5 Millionen Euro wird eingehalten. Die IBA bewegt jetzt fast 50 Projekte und hat dabei bis Ende 2010 rund 460 Millionen Euro an privaten Investitionen aktivieren können. Das bedeutet einen enormen Erfolg mit großen Chancen für die Zukunft und die Lebensqualität auf den Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel sowie den Harburger Binnenhafen.“ 330 Millionen Euro privates Investitionsvolumen befinden sich bereits im Bau. Allein rund 307 Millionen Euro entfallen auf den privaten Wohnungsbau.

Für die igs waren für die Jahre 2006 bis 2014 insgesamt 77,65 Millionen Euro eingestellt. Auch dieser Finanzrahmen wird mit ausreichendem Blick für Reserven eingehalten. Für die IBA stehen 90,2 Millionen Euro zur Verfügung, die ganz überwiegend für investive Zwecke eingesetzt werden.

Im Zentrum der Entwicklung stehen weiter die Projekte von IBA und igs im Jahr 2013. Flankiert werden die Maßnahmen durch weitere Infrastrukturprojekte des Senats, die bereits in 2010 begonnen oder auf den Weg gebracht wurden. Hierzu gehören die Entwicklung der „Wilhelmsburger Mitte“ mit dem Neubau der Fußgängerbrücke und der Umbau des Bahnhofs, die Barkassenanbindung von „Rathaus zu Rathaus“, der Neubau eines Vorfluters als Kanukanal, die Neugestaltung der Neuenfelder Straße mit dem öffentlichen Platz östlich des Büroneubaus für die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie die Erschließungsmaßnahmen für den igs Haupteingangsbereich und die Projekte der „Bauausstellung in der Bauausstellung“. Dazu gehört auch der besonders hervorzuhebende Neubau des Schwimmbads und der Sport- und Basketballhalle, die zunächst 2013 für die Blumenschauen der igs zur Verfügung steht.

Die IBA Hamburg realisiert bis 2013 rund 50 Projekte in Wilhelmsburg, der Veddel und dem Harburger Binnenhafen. 21 IBA-Projekte befinden sich im Bau, drei sind bereits fertig gestellt: das schwimmende IBA DOCK im Muggenburger Zollhafen, der Nachbarschaftspavillon am Weimarer Platz und das VELUX ModelHome 2020 in Kirchdorf.

„Für den Bereich Wilhelmsburg Mitte konnten wir in den letzten Wochen mehrere neue Verträge unterzeichnen – hier haben wir momentan 180 Millionen Euro privates Investitionsvolumen gebunden“, so **Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg**. Entscheidend für die Investitionen sei allerdings die Sicherheit in die Verwirklichung der beiden Großprojekte, den Neubau der BSU und das „Ja“ zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße. „Das ist das Signal für die Investoren, dass es ernst ist mit dem „Sprung über die Elbe“, so Hellweg weiter. Die Entwicklung von Wilhelmsburg Mitte ist die Investition in die Zukunft eines Stadtteils, der die größten innenstadtnahen Wohnungsbaupotentiale Ham-

burgs hat. Allein im Rahmen der IBA sollen in ihrem Planungsgebiet rund 1.500 neue Wohneinheiten entstehen.

Die igs 2013 ist Hamburgs grüner Impulsgeber für die stadtentwicklungspolitische Erschließung des Hamburger Südens. Bis 2013 baut sie im Herzen der Elbinsel Wilhelmsburg einen 100 Hektar großen Park, der mit der Ausstellungseröffnung im Frühjahr 2013 eröffnet wird. Er wird das grüne Band, das sich von Nord nach Süd durch die Hansestadt zieht, um einen weiteren grünen Trittstein im Süden vervollständigen. „Wie der Winterhuder Stadtpark soll auch der Wilhelmsburger Inselepark seinen Anwohnern und Besuchern jahrzehntelang Freude bereiten“, **so Heiner Baumgarten, Geschäftsführer der igs 2013** „Dazu muss er den modernen Freizeitbedürfnissen einer internationalen Stadtgesellschaft gerecht werden. Der Großteil unserer im Park realisierten Baumaßnahmen zielt daher auf Interkulturalität und Nachhaltigkeit ab: So schaffen wir verschiedene (Trend-)Sportangebote wie eine hochmoderne Kletterhalle, die noch 2011 fertig wird, einen Kanurundkurs und eine große Skateanlage, wir bauen das Wilhelmsburger Wasserwerk in ein attraktives Garten- und Terrassenrestaurant um oder gestalten Liege- und Spielwiesen für Familien und Grill-Liebhaber.“ Ziel der igs 2013 ist es, mit Hilfe des befristeten Großereignisses Gartenschau, das vom 26. April bis 13. Oktober 2013 stattfinden wird, einen langfristig nutzbaren großen Stadtpark für Wilhelmsburg und alle Hamburgerinnen und Hamburger zu schaffen. Voraussetzung für den kurz- und langfristigen Erfolg ist die Verlegung der Wilhelmsburger Reichstraße.

Weiterhin haben in 2010 und Anfang 2011 erste Spatenstiche für die Realisierung der Projekte Energieberg Georgswerder, Energiebunker Wilhelmsburg und die Öffnung des Spreehafens stattgefunden. Alles langjährige Wünsche der Bevölkerung, die bereits im Rahmenkonzept „Sprung über die Elbe“ 2005 enthalten und Herzensangelegenheiten der Wilhelmsburger sind. Die Bündelung vieler Kräfte durch IBA und igs hat auch das südliche Zentrum von Hamburgs Sprung über die Elbe vorangebracht: mit der Entlassung der Harburger Schloßinsel aus dem Hafengebiet im August 2010 konnten erste Projekte der auch hier umfangreich vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen in Gang gesetzt und mit dem Neubau einer Parkanlage auf der Schloßinsel begonnen werden.

Für Rückfragen

Björn Marzahn, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Tel.: 040 / 428 63 – 2508 od. 0173 / 91 69 818 bjoern.marzahn@bwf.hamburg.de

Sabine Metzger, Pressestelle der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg GmbH,

Tel.: 040 / 226 227 -331, sabine.metzger@iba-hamburg.de

Ina Heidemann, Petra Bäurle, Pressestelle der internationalen gartenschau igs Hamburg GmbH,

Tel.: 040 / 226 31 98 – 40/42 ina.heidemann@igs-hamburg.de, petra.baeurle@igs-hamburg.de

15.02.2011/bsu15a

Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße Planfeststellungsunterlagen liegen öffentlich aus

Im Interesse einer sicheren und zuverlässigen Verkehrsabwicklung beabsichtigen der Bund und Hamburg die Verlegung der erneuerungsbedürftigen Wilhelmsburger Reichsstraße nach Osten auf freiwerdende Bahnflächen. Damit verbunden ist ein umfassendes Lärmschutzkonzept für Wilhelmsburg, das sowohl den Straßen- als auch den Schienenlärm mindert und somit die Lebensqualität im Stadtteil deutlich verbessert.

Das gemeinsame Planfeststellungsverfahren der Freien und Hansestadt Hamburg im Auftrag des Bundes (Vorhabenträgerin des Straßenbauvorhabens) und der Deutsche Bahn Netz AG (Vorhabenträgerin der Anpassung der Bahnanlagen) startet am 17.2.2011 mit der öffentlichen Auslegung der Planfeststellungsunterlagen.

Zeiten und Orte der Auslegung:

Die Unterlagen liegen vom 17.02.2011 bis 16.03.2011 öffentlich aus in der

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Vorraum zu den Seminarräumen 1 und 2 im Erdgeschoss

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

Montag bis Freitag von 7 bis 19 Uhr

und

in den Räumen

Krieterstraße 18, Eingang Berta-Kröger-Platz, 21109 Hamburg

Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils von 10 bis 18 Uhr, Samstag von 10 bis 14 Uhr.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis zum 30.03.2011 Einwendungen gegen den Plan erheben.

Einwendungen und Stellungnahmen müssen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Anhörungsbehörde (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Rechtsamt, Geschäftszimmer Raum 6 in der Düsternstraße 10 in 20355 Hamburg, Montag bis Freitag 9 bis 15 Uhr) oder dem Rathaus Wil-

helmsburg (Büro des Regionalbeauftragten Wilhelmsburg/Veddel, Raum 111, Mengestraße 19 in 21107 Hamburg, Montag bis Freitag 9 bis 12 Uhr) erhoben werden.

Auszüge aus den Planunterlagen und allgemeine Informationen zum Planfeststellungsverfahren sind ab dem 17.02.2011 auch einsehbar im Internet unter

<http://www.hamburg.de/np-planfeststellungsverfahren>

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle

Tel. 040 / 42 840-2058, helma.krstanoski@bsu.hamburg.de

www.hamburg.de/bsu

17.02.2011/fb17

Neues Leben in die alte Seefahrtschule!

Kommission für Bodenordnung beschließt Verkauf an Gruppe um renommierten Hamburger Architekten von Gerkan

Die ehemalige Seefahrtschule an der Rainvilleterrasse, ein für Altona und die Elbkante prägender Bau, ist gerettet. Die Kommission für Bodenordnung hat heute einem Vorschlag der Finanzbehörde zugestimmt, die alte Seefahrtschule zusammen mit den umliegenden Funktionsgebäuden zu verkaufen. Käufer des rd. 7.900 m² großen Grundstücks wird eine Gesellschaft, die von dem bekannten Architekten Meinhard von Gerkan und dem Projektentwickler Hamburg Team getragen wird. Das Gebäude der Seefahrtschule soll für eine private Hochschulnutzung sowie kulturelle Zwecke umgebaut werden. Auf dem umgebenden Gelände werden ca. 50 Wohnungen errichtet. Sowohl die alte Seefahrtschule, als auch die sogenannte „Heine-Villa“ sollen unter Denkmalschutz gestellt werden.

Finanzsenatorin Dr. Herlind Gundelach erklärte zum heutigen Beschluss: „Ich freue mich, dass die konstruktive Diskussion auf allen politischen und öffentlichen Ebenen nun zu diesem guten und inhaltlich außerordentlich interessanten Ergebnis geführt hat: die alte Seefahrtschule kann erhalten werden, mit der Academy for Architectural Culture von Herrn Professor von Gerkan und der Brand Academy nimmt das Gebäude wieder wissenschaftliches Leben auf. Durch den Bau von Wohnungen wird das Gelände auch als Quartier und Lebensmittelpunkt für viele Altonaer neuen Glanz gewinnen.“

Nach mehreren Anläufen in den vergangenen Jahren, das Gelände der leer stehenden Seefahrtschule für ein Hotel, eine Klinik oder ein Reedereizentrum zu nutzen, hat das Immobilienmanagement der Finanzbehörde nun in einem Wettbewerbsverfahren eine Lösung erarbeitet, die städtebaulich, kulturell und letztlich auch wirtschaftlich ein Gewinn für Altona und die Stadt sein wird.

Das jetzt erzielte Ergebnis von Bebauung und Nutzung ist in sehr enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bezirksamt Altona und dessen kommunalpolitischen Gremien erzielt worden. So konnte parteiübergreifend mehrheitlich Einvernehmen über die künftige Bebauung und Nutzung hergestellt werden.

Die gmp Stiftung, hinter der das renommierte Architekturbüro von Gerkan, Marg und Partner steht, wird in der alten Seefahrtsschule die 2008 in Hamburg gegründete Academy for Architectural Culture (aac) sowie die Brand Academy Hamburg, eine Hochschule für Design und Kommunikation, etablieren. Daneben ist vorgesehen, Kultureinrichtungen wie dem Kultwerk West die Gelegenheit zur Nutzung von Räumen zu geben. Die Terrassen der Seefahrtsschule sollen durch Gastronomienutzung wieder für die breite Öffentlichkeit erlebbar werden.

Auf den Funktionsflächen der Seefahrtsschule sowie des alten Schiffssimulators wird der Projektentwickler Hamburg Team zwei Wohngebäude mit etwa 5.500 m² Geschossfläche errichten. Gleichzeitig wird die „Heine-Villa“ saniert und restauriert werden.

Die Käufer werden sich auch mit sehr namhaften Beträgen an der vom Bezirksamt Altona geplanten Umgestaltung des angrenzenden Parks nach dem historischen Vorbild des Gartenarchitekten Ramée beteiligen.

Zum Kaufpreis wurde zwischen Vertragspartnern Stillschweigen vereinbart. Die notarielle Beurkundung erfolgt am 28. Februar 2011.

Die gmp Stiftung und Hamburg Team werden am Donnerstag kommender Woche ein Pressegespräch zu den geplanten Details der zukünftigen Nutzung und den vorgesehenen Baumaßnahmen anbieten. Hierzu werden die gmp Stiftung und Hamburg Team gesondert einladen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

15. Februar 2011/bwf15

Hamburgisches Hochschulgesetz umfassend überarbeitet

Selbstverwaltung und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen werden gestärkt

Nach der Auswertung des erweiterten Beteiligungsverfahrens zur Modernisierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Selbstverwaltung und Wettbewerbsfähigkeit der staatlichen Hochschulen in Hamburg gestärkt werden sollen. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf zur Kenntnis genommen. Die meisten der vorgeschlagenen Änderungen werden durch die im Juli 2010 veröffentlichten Empfehlungen der Kommission zur Evaluierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes gestützt. Ebenso sind diejenigen Punkte, die das Bundesverfassungsgericht in seinem im Dezember 2010 verkündeten Urteil für änderungsbedürftig erklärt hat, im Gesetzentwurf umgesetzt.

Als wichtige Neuerung sieht der Gesetzentwurf verbindliche, vierjährige Hochschulverträge zwischen Hochschule und Staat vor, die die derzeit jährlich abgeschlossenen Zielvereinbarungen ablösen sollen. In diesen Hochschulverträgen werden zukünftig der Umfang der staatlichen Hochschulfinanzierung und die von den Hochschulen zu erbringenden Leistungen vereinbart.

Weitere wichtige Änderungen betreffen die akademischen Gremien und ihre Zuständigkeiten. So wird die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten einer Hochschule zukünftig dem Akademischen Senat übertragen. Der bislang hierfür zuständige überwiegend extern besetzte Hochschulrat bleibt aber weiterhin in das Verfahren eingebunden und muss der Wahl zustimmen. Um eine konsensfähige Kandidatin bzw. einen konsensfähigen Kandidaten zu finden, ist im Gesetzentwurf eine paritätisch von Akademischem Senat und Hochschulrat besetzte Findungskommission vorgesehen.

Desweiteren soll den Fakultäten an den großen Hochschulen ermöglicht werden, ihre innere Organisation besser zu strukturieren. Die bisherige Regelung, dass unterhalb der Fakultäten nur eine Organisationsebene bestehen darf und dass dort keine Selbstverwaltungsgremien gewählt werden dürfen, wird aufgehoben. Zukünftig können die Fakultäten bis zu zwei Ebenen einrichten und entscheiden selbst, welche Gremien dort bestehen.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf vor, dass Juniorprofessorinnen bzw. Juniorprofessoren bei positiver Evaluation ohne erneutes Berufungsverfahren auf einer ordentlichen Professur weiterbeschäftigt werden können (sog. „Tenure Track“) sowie herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gezielt Berufsangebote unterbreitet werden können („außerordentliche Berufung“). Dadurch soll Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern eine attraktive Karriereperspektive eröffnet und den Hochschulen ermöglicht werden, Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler aus dem In- und Ausland zu gewinnen.

Neben den bereits genannten Änderungen enthält der Gesetzentwurf zahlreiche weitere Verbesserungen, so z.B. die Erleichterung von „Querberufungen“ innerhalb derselben Hochschule auf eine höherwertige Professur zur Rufabwehr, verbesserte Rahmenbedingungen für das Angebot berufsbegleitend konzipierter Studiengänge sowie die Einführung eines regulären akademischen Titels für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Das Hamburgische Hochschulgesetz und die von 2003 bis 2006 eingeführten neuen Strukturen haben sich grundsätzlich bewährt. Die Erfahrungen haben aber auch gezeigt, dass punktuell nachgesteuert werden muss. Die Empfehlungen der von mir eingesetzten Kommission stützen diesen Befund. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf greift sowohl die Empfehlungen der Kommission als auch die Kritik des Bundesverfassungsgerichtes auf und nutzt wichtige Verbesserungsmöglichkeiten, um die Selbstverwaltung der Hochschulen und ihre nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Mit vierjährigen Verträgen wollen wir den Hochschulen eine verlässliche finanzielle Planungssicherheit geben. Aufbauend auf den Grundsätzen der Hochschulautonomie sollen die Hochschulen zudem eine größere Flexibilität in der Ausgestaltung ihrer Struktur erhalten. Gleichzeitig wollen wir die Transparenz des Hochschulbetriebs verbessern, indem die Kontrollrechte der Fakultätsräte verstärkt und die Leitungsgremien verpflichtet werden, ausführlicher über ihre Entscheidungen zu berichten. Der vorliegende Gesetzentwurf bildet den Abschluss einer umfassenden Begutachtung des Hamburgischen Hochschulgesetzes und stellt die Weichen für eine moderne und strategische Hochschulsteuerung.“

Der vom Senat jetzt zur Kenntnis genommene Gesetzentwurf ist einem umfassenden Beteiligungsverfahren unterzogen worden. Hierbei wurden nicht nur die akademischen Gremien, sondern wegen der verschiedenen dienstrechtlichen Regelungen auch die Gewerkschaften zur Stellungnahme aufgefordert. Nach Auswertung der Stellungnahmen und geringfügiger Anpassungen kann der Gesetzentwurf nun dem neu zu bildenden Senat als Grundlage zur weiteren Entscheidung an Hand gegeben werden.

Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen sind der Anlage zu entnehmen.

Der gesamte Gesetzentwurf mit Begründungen und Stellungnahmen steht zum Download bereit auf: www.hamburg.de/bwf

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs
Tel: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Erläuterungen zu den wesentlichen Bestandteilen des Gesetzentwurfs zur Stärkung der Selbstverwaltung und Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Hochschulen

Der Gesetzentwurf sieht verbindliche, vierjährige Hochschulverträge zwischen Hochschule und Staat vor, die die derzeit jährlich abgeschlossenen Zielvereinbarungen ablösen sollen. In diesen Hochschulverträgen werden zukünftig der Umfang der staatlichen Hochschulfinanzierung und die von den Hochschulen zu erbringenden Leistungen vereinbart. Auf Vorgaben zu operativen Details wird dabei verzichtet. Hierdurch werden die Hochschulautonomie und die finanzielle Planungssicherheit der Hochschulen verbessert. Zugleich wird die Möglichkeit des Staates zur strategischen Steuerung des Hochschulsystems gestärkt. Da die Verträge der Bürgerschaft zur Billigung vorgelegt werden, wird außerdem die demokratische Legitimation der staatlichen Hochschulplanung auf eine qualitativ neue Ebene gehoben. Zur Umsetzung der Hochschulverträge zwischen Staat und Hochschule werden auch innerhalb der Hochschule entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen. In den großen Hochschulen wird beispielsweise die Hochschulleitung Vereinbarungen mit den Fakultäten abschließen; die Fakultäten ihrerseits schließen dann Vereinbarungen mit den weiteren Untergliederungen (Fachbereiche; Departments) ab.

Vor dem Hintergrund der von 2003 bis 2006 durchgeführten Hochschulstrukturreformen und den hiermit inzwischen gemachten praktischen Erfahrungen soll es auch Änderungen bei den akademischen Gremien und ihren Zuständigkeiten geben. Vorrangiges Ziel des Gesetzesentwurfes ist es, die Partizipation der Hochschulmitglieder zu stärken und die Transparenz auf allen Ebenen zu verbessern. So wird die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten einer Hochschule zukünftig dem Akademischen Senat übertragen. Der bislang hierfür zuständige überwiegend extern besetzte Hochschulrat bleibt aber weiterhin in das Verfahren eingebunden und muss der Wahl zustimmen. Um eine konsensfähige Kandidatin bzw. einen konsensfähigen Kandidaten zu finden, ist im Gesetzentwurf eine paritätisch von Akademischem Senat und Hochschulrat besetzte Findungskommission vorgesehen. Die Regelungen über die Wahl der Dekaninnen und Dekane werden entsprechend geändert, so dass die Wahl zukünftig vom Fakultätsrat vorgenommen wird und vom Präsidium bestätigt werden muss. Zugleich wird die Einbindung des Akademischen Senats und der Fakultäten in den wichtigen Prozess der Struktur- und Entwicklungsplanung der Hochschule gestärkt. Durch eine konkretisierte und ausgebauten Berichtspflicht der Leitungsgremien und verstärkte Kontrollrechte der Fakultätsräte soll die Transparenz des Hochschulbetriebs für alle Beteiligten verbessert werden.

Desweiteren sollen die Fakultäten an den großen Hochschulen ihre innere Organisation besser strukturieren können. Die bisherige Regelung, dass unterhalb der Fakultäten nur eine Organisationsebene bestehen darf und dass dort keine Selbstverwaltungsgremien gewählt werden dürfen, wird aufgehoben. Zukünftig können die Fakultäten bis zu zwei Ebenen einrichten und entscheiden selbst, welche Gremien dort bestehen. Die bisherigen restriktiven Bestimmungen werden hierdurch flexibilisiert und die Hochschulen erhalten die Möglichkeit, sich selbst die ihnen gemäße Struktur zu geben.

Darüber hinaus sollen der sogenannte „Tenure Track“ sowie die „außerordentliche Berufung“ eingeführt werden. Beide Instrumente wurden vom Wissenschaftsrat empfohlen und kommen bereits in einigen anderen Bundesländern zur Anwendung:

- Der „Tenure Track“ ermöglicht es, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern bei der Einstellung als Juniorprofessorin bzw. Juniorprofessor die Aussicht zu eröffnen, bei guter Leistung und positiver Evaluation nach Ablauf der Juniorprofessur ohne erneutes Berufungsverfahren auf einer ordentlichen Professur weiterbeschäftigt zu werden. Dies verbessert die Gewinnungsmöglichkeiten der Hochschulen und bietet Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern eine attraktive Karriereperspektive.
- Mit der „außerordentlichen Berufung“ erhalten die Hochschule die Möglichkeit, herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gezielt ein Berufsangebot unterbreiten zu können. Dies verbessert die Möglichkeiten zur Gewinnung von Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftlern aus dem In- und Ausland.

Neben den bereits genannten Änderungen enthält der Gesetzentwurf zahlreiche weitere Verbesserungen in verschiedenen Bereichen. Hierzu gehören insbesondere:

- Erleichterung von „Querberufungen“ innerhalb derselben Hochschule auf eine höherwertige Professur zur Rufabwehr;
- Flexibilisierung der Dienstverhältnisse von nebenberuflichen Professorinnen und Professoren;
- verbesserte Rahmenbedingungen für das Angebot berufsbegleitend konzipierter Studiengänge;
- Ermöglichung der Abnahme von eidesstattlichen Versicherungen durch die Prüfungsämter, um Plagiate in der Wissenschaft zu bekämpfen;
- Befristung von Ausstattungszusagen, um eine unbefristete Bindung von Hochschulmitteln in bestimmten Bereichen zu vermeiden;
- Einführung eines regulären akademischen Titels für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren;
- Synchronisierung der Voraussetzungen, unter denen Zeitbeamtenverhältnisse im akademischen Bereich verlängert werden können, mit den bundesweit geltenden Regelungen für entsprechende Angestellte.

Die meisten dieser Änderungen werden durch die im Juli 2010 veröffentlichten Empfehlungen der Kommission zur Evaluierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes gestützt. Diese Kommission war von der zuständigen Senatorin Dr. Herlind Gundelach im Dezember 2009 mit dem Auftrag eingesetzt worden, das Hamburgische Hochschulgesetz und die von ihm geprägten Strukturen in den Hochschulen zu überprüfen. Unter dem Vorsitz von Prof. em. Dr. Winfried Schulze (LMU München) hatte die mit überwiegend externen Expertinnen und Experten besetzte unabhängige Kommission zahlreiche Akteure in den Hochschulen schriftlich und mündlich befragt und hieraus insgesamt 22 Empfehlungen für die Weiterentwicklung des hamburgischen Hochschulrechts abgeleitet. Ebenso beinhalten die Empfehlungen der Kommission bereits die Punkte, die das Bundesverfassungsgericht in seinem im Dezember 2010 verkündeten Urteil zu den Paragraphen 90 und 91 des Hamburgischen Hochschulgesetzes für änderungsbedürftig erklärt hat.

15. Februar 2011/bwf15a

Architektenwettbewerb für UKE-Kinderklinik entschieden **Finanzierung des Neubaus durch Stadt, UKE und private Sponsoren**

Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde heute der Siegerentwurf aus dem Architektenwettbewerb für den Neubau der Kinderklinik am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) vorgestellt. Gewonnen hat das Architekturbüro *tönies schroeter jansen (tsj)* aus Lübeck, das sich mit seinem „Baum“-Projekt in der finalen Phase des Wettbewerbs gegen acht Architekten aus ganz Deutschland durchgesetzt hat.

Der etwa 40 Millionen Euro teure Neubau soll nicht nur alle Disziplinen der universitären Kindermedizin unter einem Dach vereinen, sondern auch durch eine auf funktionale Abläufe ausgerichtete Infrastruktur unter Wahrung eines kindgerechten Ambientes optimale Bedingungen für die Behandlung der kleinsten und kleinen Patientinnen und Patienten bieten. Dabei spielen „Bäume“ sowohl im Gebäude als auch darum herum eine wichtige Rolle. Auf drei Etagen Platz werden die bisher auf dem UKE-Gelände verstreuten Disziplinen der Kinderheilkunde zusammengeführt. Die Ein- und Zweibettzimmer mit insgesamt 148 Patientenbetten werden auf acht Stationen verteilt, davon drei Intensivstationen. Sie ermöglichen auch eine komfortable Unterbringung der Eltern. Zu Ehren der Hamburger Familie Otto als Förderer wird die Universitätskinderklinik nach ‚Werner und Michael Otto‘ benannt.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach zeigt sich vom Siegerentwurf begeistert: „Neben seiner offenen Architektur überzeugt der Entwurf vor allem durch seine kindgerechte Gestaltung mit großem Wohlfühlfaktor. Gerade bei Kindern spielt für die Genesung das sich geborgen Fühlen neben der optimalen medizinischen Behandlung eine wichtige Rolle. Diesem Anspruch wird der Entwurf hervorragend gerecht.“

Angesichts der unzureichenden und aus heutiger Sicht wenig kindgerechten Bedingungen in der jetzigen Kinderklinik hatte sich der Senat für einen Neubau ausgesprochen. Dabei wurde deutlich, dass ein Investitionsprojekt dieser Größe nicht aus öffentlichen Mitteln allein finanzierbar ist. Drei private Partner,

Dr. Michael Otto, Aufsichtsratsvorsitzender der Otto Group, Claus-G. Budelmann, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung zur Förderung von Gesundheit und Hochbegabung, und Dr. Holger Iversen, Vorsitzender der Fördergemeinschaft Kinderkrebs-Zentrum Hamburg, unterstützen das Projekt.

Senatorin Gundelach: „Der Senat hat sich von Anfang an zu einem Neubau bekannt und stellt dafür einen beachtlichen Betrag zur Verfügung. Angesichts der finanziellen Herausforderungen insgesamt

sind wir bis zur Schmerzgrenze an die für die Stadt zumutbare Belastung gegangen und haben alle Umschichtungsmöglichkeiten im Wissenschaftshaushalt ausgeschöpft. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung habe ich mich persönlich dafür eingesetzt, dass rund 13 Mio. Euro schon in diesem Jahr fließen. Weitere 4,4 Mio. Euro sind im Haushaltsplanentwurf 2012 eingestellt. Damit kann das Projekt weiter voran getrieben werden. Mein Dank gilt auch den großzügigen Spendern, denen ich an dieser Stelle die ausdrückliche Anerkennung der Stadt für ihr Engagement ausspreche.“

Die Stadt hat das UKE in den vergangenen Jahren in einer außerordentlichen Kraftanstrengung in die Lage versetzt, sich baulich umfassend neu zu strukturieren (Bauliche Masterplanung UKE mit einem Gesamtvolumen von über 340 Mio. Euro). Zahlreiche Neubauten auf dem Gelände des Universitätsklinikums in Hamburg-Eppendorf zeugen davon. Dies zeigt die große Wertschätzung, die das UKE und die Medizinische Fakultät in der Stadt, bei Bürgerschaft und Senat genießen. Die hohe Professionalität und Qualität der Leistungserbringung im UKE ist aktuell durch das gute Ergebnis der Evaluierung und Begutachtung der Universitätsmedizin und des UKE durch den Wissenschaftsrat ausdrücklich bestätigt worden.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

15. Februar 2011/bwf15b

1-Meter-Teleskop der Hamburger Sternwarte wird saniert Finanzierungslücke geschlossen

Der Sanierung des 1-Meter-Spiegel-Teleskops der Hamburger Sternwarte in Bergedorf steht nichts mehr im Wege. Die noch fehlenden Mittel in Höhe von 25.000 Euro aus dem Hamburger Anteil werden von der Behörde für Wissenschaft und Forschung getragen. Damit ist das Finanzierungskonzept für die rund 150.000 Euro teure Instandsetzung des ehemals größten Teleskops in Deutschland gesichert. Wissenschaftsstaatsrat Bernd Reinert hat heute den symbolischen Scheck an Dr. Agnes Seemann vom Förderverein Hamburger Sternwarte e.V. übergeben.

Der Förderverein, der in den letzten Jahren schon das Gebäude des 1-Meter-Spiegel-Teleskops grundsaniert hat, hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, die Sanierung des Instruments zu übernehmen. Dafür hat der Verein Fördermittel bei der Stiftung Denkmalpflege Hamburg, beim Bund und bei der Deutschen Stiftung Denkmalpflege eingeworben. Die Stiftung Denkmalpflege Hamburg, die sich schon bei der Sanierung zweier Gebäude der Sternwarte engagiert hat, kann in diesem Jahr 35.000 Euro bereitstellen, die beantragten Mittel von 60.000 Euro jedoch nicht in voller Höhe übernehmen. Der fehlende Anteil von 25.000 Euro wird nun von der Wissenschaftsbehörde übernommen.

Wissenschaftsstaatsrat Bernd Reinert: „Da der Bund immer nur so viel bewilligt, wie die Stadt Hamburg selbst zur Verfügung stellt, drohte das Finanzierungskonzept zu scheitern. Dies wäre sehr bedauerlich gewesen, da es sich bei dem 1-Meter-Spiegel-Teleskop um ein wissenschafts- und kulturhistorisch äußerst wertvolles Instrument handelt, das für die geplante Weltkulturerbe-Bewerbung Hamburgs mit der Hamburger Sternwarte sehr wichtig ist. Zudem feiert die Sternwarte im nächsten Jahr ihr 100jähriges Bestehen am Standort Bergedorf. Bis dahin wollen wir auch dieses Instrument saniert haben. Die Mittel dafür stellen wir gerne bereit.“

Die Gesamtkosten für die Sanierung des Teleskops verteilen sich wie folgt:

Stiftung Denkmalpflege Hamburg:	35.000 Euro
Behörde für Wissenschaft und Forschung:	25.000 Euro
Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien:	60.000 Euro
Deutsche Stiftung Denkmalschutz:	25.000 Euro
Eigenmittel des Fördervereins:	5.285 Euro

Das 1-Meter-Spiegel-Teleskop war bei seiner Inbetriebnahme im Jahr 1911 das viertgrößte Teleskop der Welt und für viele Jahre das größte Teleskop in Deutschland. Mit seiner Zeiss-Entlastungsmontierung zählt es zu den ungewöhnlichsten Konstruktionen des Fernrohrbaus. Es wird zurzeit noch für das astrophysikalische Praktikum benutzt.

Neben der Instandsetzung des 1-Meter-Spiegel-Teleskops und seines Gebäudes wird derzeit auch das sogenannte Meridiankreisgebäude der Sternwarte im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes mit 1,1 Millionen Euro saniert. Die Bauarbeiten hierfür werden im Frühjahr beginnen und im Herbst abgeschlossen sein.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

16.02.2011/bkm16

Senator Stuth folgt Empfehlungen der unabhängigen Jurys Hamburg stärkt die freie Theater-, Tanz- und Kindertheaterszene

Die Behörde für Kultur und Medien fördert auch in diesem Jahr das freie Tanztheater, das freie Sprech- und Musiktheater und Performanceproduktionen sowie die freie Kinder- und Jugendtheaterszene. Senator Reinhard Stuth folgte den Voten der Jurys. Die Gesamtsumme der Förderungen in der Spielzeit 2011/2012 beläuft sich auf insgesamt 505.000 €. Diese verteilen sich auf insgesamt 31 Projekte, vom Sprech- und Musiktheater über Performance, Tanztheater bis hin zu Puppen- und Figurenspiel. Unabhängige Jurys haben in diesen drei Bereichen insgesamt 97 Projekte beurteilt und davon 31 zur Förderung ausgewählt.

Senator Reinhard Stuth: „Die Freie Theater-, Tanz- und Kindertheaterszene ist ein wichtiger Bestandteil der Hamburger Kulturlandschaft. Auch in diesem Jahr haben die Künstlerinnen und Künstler Förderanträge für qualitativ anspruchsvolle und professionelle Projekte eingereicht. Die drei Jurys haben einen klugen Mix von seit langem in Hamburg arbeitender und neu in die Stadt gekommener Künstler für eine Förderung vorgeschlagen. Die Fördervorschläge zeigen das breite Spektrum und das große Potential der Szene in Hamburg. Es ist sehr wichtig, diesen unverzichtbaren Bestandteil des Hamburger Kulturlebens durch die beschlossenen Fördermaßnahmen zu unterstützen.“

Für Projekte im Bereich Kinder- und Jugendtheater beträgt die Fördersumme insgesamt 100.000 €, die sich auf neun unterschiedliche Projekte verteilen. Für neun Tanztheaterprojekte stehen 200.000 € zur Verfügung. Aus dem Bereich Sprech- und Musiktheater sowie Performance werden 13 Projekte mit insgesamt 205.000 € unterstützt.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien

040 / 42824 – 293, stefan.nowicki@bkm.hamburg.de

17.02.2011/bkm17

Auszeichnung für Architekten

Gerhard Hirschfeld erhält Senator-Biermann-Ratjen-Medaille

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verleiht Gerhard Hirschfeld in Würdigung seines herausragenden ehrenamtlichen Engagements auf dem Gebiet der Denkmalpflege in Hamburg die Senator-Biermann-Ratjen-Medaille.

Kultursenator Reinhard Stuth: „Gerhard Hirschfeld ist vorbildhaft in seinem bürgerschaftlichen Einsatz für die Baukultur. Denkmalpflege ist zwar eine staatliche Aufgabe, muss aber immer auch von dem Engagement und der Begeisterung der Bürger getragen werden.“

Gerhard Hirschfelds Aktivitäten in Vereinen und Beiräten sind umfangreich. 1972 gründete er den Verein „**Rettet die Deichstraße e.V.**“ mit, um dieses letzte Ensemble alt-hamburgischer Bauweise zu erhalten. Er war als leitender Architekt maßgeblich verantwortlich für die erfolgreiche Sanierung und Wiederbelebung. Ebenfalls gründete er den „**Förderkreis Alt Rahlstedt**“ mit. 1974-95 war Gerhard Hirschfeld ehrenamtlicher Vorsitzender des **Architekten- und Ingenieurvereins Hamburg (AIV)**, der das Planungs- und Baugeschehen der Hansestadt regelmäßig dokumentiert. Über viele Jahre war Gerhard Hirschfeld Mitglied im **Denkmalrat** (1973-1991), der das Denkmalschutzamt in grundsätzlichen Fragen berät. Gerhard Hirschfeld ist seit vielen Jahren Sprecher des „**Arbeitskreises Denkmalschutz**“ der Patriotischen Gesellschaft von 1765, der alle drei Jahre Preise an vorbildlich restaurierte historische Bauten in Hamburg verleiht. Er ist stellvertretender Vorsitzender des **Kulturkreises Waldörfer** und Mitglied im Beirat des Förderkreises „**Rettet die Nikolaikirche e.V.**“ Seine architektonischen und denkmalpflegerischen Anregungen beförderten eine angemessene Dokumentation und Präsentation des Mahnmals St. Nikolai und trugen maßgeblich dazu bei, eines der bedeutendsten Hamburger Geschichtszeugnisse des 2. Weltkrieges für die Öffentlichkeit zu erschließen.

Die Senator-Biermann-Ratjen-Medaille wurde 1978 vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg im Gedenken an die Verdienste des Kultursenators Hans-Harder Biermann-Ratjen gestiftet. Mit der Medaille werden Personen, Personengruppen oder Institutionen geehrt, die sich mit ihren künstlerischen und kulturellen Leistungen um Hamburg verdient gemacht haben.

Für Rückfragen:

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt

040 / 42863 – 3536

kristina.sassenscheidt@bkm.hamburg.de

18.02.2011/bkm18a

Sammlung Falckenberg jetzt Teil der Deichtorhallen Hamburg

Kooperation heute offiziell gestartet

Die Sammlung Falckenberg ist jetzt Teil der Deichtorhallen Hamburg. Mit der Ausstellung „Captain Pamphile“, die heute eröffnet wird, startet die Kooperation der Sammlung Falckenberg mit den Deichtorhallen. Kultursenator Reinhard Stuth, Dr. Dirk Luckow, Intendant der Deichtorhallen und der Sammler Dr. Harald Falckenberg präsentierten heute die Einzelheiten der Zusammenarbeit.

Reinhard Stuth, Senator für Kultur und Medien, unterstrich die Bedeutung der Kooperation:

„Es ist uns gelungen, die weltweit renommierte Sammlung Falckenberg langfristig in Hamburg zu halten. Das ist ein wichtiger Erfolg für die Kulturmetropole Hamburg. Die Deichtorhallen Hamburg profitieren maßgeblich von der Kooperation. Sie haben vollen Zugriff auf die Bestände der Sammlung und können diese in weit stärkerem Maße als bisher dem Publikum zugänglich machen. Im Hamburger Süden bleibt ein großer Ausstellungsstandort mit regelmäßigen Wechsellausstellungen rund um die Sammlung erhalten. Die Kooperation ist wichtig für Hamburg, und ich bin sicher, dass dies parteiübergreifend so gesehen wird.“

Dr. Dirk Luckow, Intendant der Deichtorhallen Hamburg: „Wir freuen uns, über die Kooperation mit der Sammlung Falckenberg an Attraktivität und Flexibilität für den Ausstellungsbetrieb zu gewinnen. Mit drei Häusern von insgesamt 10.000 qm Ausstellungsfläche und zwei hochkarätigen Dauerleihgaben, der Sammlung Gundlach und der Sammlung Falckenberg wollen wir neue Impulse für Kunst und Fotografie in der Hansestadt setzen.“

Auch zukünftig wird das außergewöhnliche Ausstellungsprofil in Harburg erhalten bleiben und zugleich werden neue Akzente gesetzt.“

Prof. Dr. Harald Falckenberg: „Ich freue mich einfach, dass jetzt die Arbeit losgehen kann. Am Ende wird die Kooperation nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt ein künstlerisch wie kulturell erfolgreiches Programm zu bieten!“

Im August 2010 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen der Behörde für Kultur und Medien, den Deichtorhallen und Herrn Dr. Falckenberg unterzeichnet. Dieser sieht eine Laufzeit von mindestens dreizehn Jahren vor. Dr. Harald Falckenberg stellt seine Kunstsammlung den Deichtorhallen als Dauerleihgabe zur Verfügung. Die Sammlung Falckenberg in den Phönixhallen steht dem Publikum weiterhin

im Rahmen von Führungen offen. Das entsprechende Angebot wurde bereits ausgeweitet. Zur Finanzierung der Betriebskosten erhalten die Deichtorhallen von der Stadt zusätzlich 500 T€ jährlich. Weitere 70 T€ erhalten sie für eine zusätzliche Kuratorenstelle und ein Volontariat. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung ist eine Bestätigung im Rahmen der endgültigen Verabschiedung des Haushalts 2011/12 notwendig. Die Mittel werden dem Etat der Behörde für Kultur und Medien zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters

Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien

040 / 42824 – 325

karlolaf.petters@bkm.hamburg.de

18.02.2011/bkm18

Medienstaatsrat Hill wiederholt seine Warnungen. Verlegerverbände schließen sich Kritik an

Abo-Service von Apple kein Gewinn für die Verlage

Die Firma Apple hat in dieser Woche einen neuen Abo-Service vorgestellt, der es Verlegern ermöglicht, Abonnements direkt im Apple-Store anzubieten. Apple übernimmt alle Zahlungsvorgänge und behält einen Anteil von 30 % - wie dies bei allen In-App-Käufen üblich ist. Der Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger und der Verband Deutscher Zeitungsverleger kritisieren das vorgestellte Modell. Erfahrungsgemäß bevorzugen die meisten App-Nutzer eine Bestellung direkt in der Anwendung gegenüber dem Umweg etwa über die Website des Anbieters. Das sei für langfristige Abos nicht akzeptabel.

Der für Medien zuständige Staatsrat Dr. Nikolas Hill: „Durch das neue Modell von Apple werden wieder einmal die Herausforderungen deutlich, die das Internet für die Verlage bereit hält. Die geradezu hymnische Verklärung, mit der das I-PAD bei seiner Einführung durch Verlagsvertreter begrüßt worden ist, scheint mir nicht tragfähig. Insofern bin ich froh, dass die Verlegerverbände nunmehr meine bereits vor längerem geäußerte Kritik an dem Abo-Modell von Apple teilen. Ich begrüße, dass die Verlegerverbände mit ihrer Kritik an Apple nunmehr auch öffentlich ihre Skepsis formulieren und die hamburgische Position damit stützen.“

Ein weiterer Aspekt im Umgang mit den Apps betrifft den Urheberrechtsschutz. Auf Initiative Hamburgs hat die Rundfunkkommission dazu eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, Hamburg hat darin den Vorsitz übernommen. In dieser Arbeitsgruppe soll u.a. erörtert werden, wie eine Einflussnahme auf die Inhalte bei den mobilen Anwendungen für das iPhone verhindert werden kann.

Staatsrat Dr. Hill: „Die aktuelle Kritik der Verlegerverbände zeigt, wie wichtig und sinnvoll unsere Initiative in der Rundfunkkommission war. Hamburg hat als Medienstandort ein herausragendes Interesse an der Sicherung der Urheberrechte.“

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien

Tel: 040 / 42824 – 325 / karlolaf.petters@bkm.hamburg.de

15.Februar 2011/t-bis15b

Kinder- und Jugendarbeit im Fußballsport wird belohnt: Senat stockt „Uwe-Seeler-Preis“ auf

Der Senat hat heute die Aufstockung des „Uwe-Seeler-Preises“ beschlossen. Das Preisgeld von bislang 5.000 Euro wird auf 10.000 Euro verdoppelt.

Der Preis wird für herausragende Maßnahmen eines Sportvereins gewährt, die unmittelbar den Jugendlichen zugutekommen. Dazu gehören insbesondere Trainingslager, Ferien- und Freizeitmaßnahmen des Sportvereins, die Beschaffung von Sportkleidung für die Jugendlichen, die Übernahme der Kosten für Förderunterricht (auch Deutschunterricht für Ausländer), unterstützende Maßnahmen bei der Beschaffung eines Ausbildungsplatzes oder Arbeitsplatzes von Schulabgängern.

Insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit des Fußballsportes im Allgemeinen und in Hamburg im Besonderen hat eine große Bedeutung. Besonders im präventiven Bereich - hinsichtlich der Themen „Gewalt“ und „Drogen“ sowie „Integration“ - wird hervorragende Grundlagenarbeit geleistet. Die Jugendlichen erlernen - neben den sportfachlichen Unterweisungen - nicht nur das sportliche „fair-play“, sondern darüber hinaus das Einordnen in Gruppen, das Miteinander im Team sowie das Erlernen von Regeln. Da in diesem Bereich insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund mit einbezogen werden, fehlt es in den Vereinen immer wieder an finanziellen Mitteln. Die bisherigen Preisgelder sind zwar eine wesentliche Hilfe, aber bei weitem nicht auskömmlich. Ein erhöhtes, im konkret vorliegenden Falle verdoppeltes Preisgeld, entfaltet seine volle Wirkung, auch wenn die Höhe noch immer nicht in Gänze den erbrachten Leistungen zahlreicher Sportvereine entspricht. Der „Uwe-Seeler-Preis“ leistet einen guten Beitrag, der direkt der Kinder- und Jugendarbeit im Fußball zu-kommt.

2011 wird der Preis zum 25. Mal vergeben. Das Preisrichterkollegium, unter der Leitung des Präsidenten des Hamburger Fußball-Verbandes e.V., hat angeregt, aus diesem Anlass den Preis auf 10.000 Euro aufzustocken. Dieses 25-jährige Jubiläum des Preises und der 75. Geburtstag des Hamburger Ehrenbürgers Uwe Seeler sind ein hervorragender Anlass eine Anhebung des Preisgeldes vorzunehmen.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz & Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678/2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

Terminkalender

Vom 21. Februar bis 27. Februar 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 21.02.2011

- 12:30** Bekkamp 27, TSV Wandsbek-Jenfeld von 1881 e.V.
Staatsrat Rolf Reincke spricht ein **Grußwort anlässlich des 100. Geburtstages von Gertrud Märzel**, welche seit 93 Jahren Mitglied des Turn- und Sportvereins Wandsbek-Jenfeld von 1881 e.V. ist.
- 19:30** Hansa Varieté, Steindamm 17
Senator Reinhard Stuth besucht die „**Überraschungs-Gala**“ der **Hamburgischen Kulturstiftung**.

Dienstag, den 22.02.2011

- 11:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Ian Karan überreicht **Dipl.-Kfm. Klaus Meyer das Bundesverdienstkreuz und hält eine Laudatio**.
- 17:30** Am Sandtorkai 50
Senator Ian Karan nimmt an der **Büroeröffnung bei APL-Germany** teil.
- 18:30** Studio Hamburg, Jenfelder Allee 80
Staatsrat Peter Wenzel begrüßt die Gäste des **9. Hamburger Logistiktages als Dinner Speaker**.

Mittwoch, den 23.02.2011

- 12:15** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg, Felix-Dahn-Straße 3
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort und ehrt die ‚Streitschlichterinnen und Streitschlichter‘ der Hamburger Grundschulen**.
- 12:30** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeister Christoph Ahlhaus verleiht die **Bürgermeister-Stolten-Medaille an Christa Randzio-Plath**.

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.
- 13:00** Albertinen Akademie, Sellhopsweg 18-22
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet die gemeinsame **Fachtagung „Palliativkompetenz in Pflegeheimen“ mit einem Grußwort**.
- 18:00** Krypta der Hauptkirche St. Michaelis, Englische Planke 1
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil am **Holsten Kellerparlament**.
- 18:15** Hyatt Hotel, Bugenhagenstr. 8
Senator Ian Karan spricht bei einer Veranstaltung der „**The American International Society**.“

Donnerstag, den 24.02.2011

- 09:30** Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstraße 18, Berlin
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck nimmt teil an der **Konferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder.**
- 10:00** Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1-3, Berlin
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Botschafter von Sambia, Johnstone F. Chizinga**, zum Gespräch.
- 11:00** Rathaus, Turmsaal
Senator Heino Vahldieck überreicht die **Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes an Gerd Rosien.**
- 11:00** Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Str. 97
Senator Ian Karan nimmt am **Jahresempfang der Deutschen Bundesbank** teil.
- 12:30** Botschaft der Republik Estland, Hildebrandstr. 5, Berlin
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des **Botschafters, William Mart Laanemäe**, teil am **Empfang anlässlich des 93. Nationalfeiertages der Republik Estland.**
- 18:00** Hochschule für Musik und Theater, Harvestehuder Weg 12
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort im Rahmen der Festveranstaltung zur „Verleihung der Ehrensensatorwürde“ an Prof. Dr. h.c. Hannelore Greve und Prof. Dr. Helmut Greve.**
- 20:00** Axica Forum, Pariser Platz 3, Berlin
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt an der **Verleihung des Preises „Best of European Business (BEB) 2011“** teil.

Freitag, den 25.02.2011

- 11:00** Restaurant EUROTOP am EUROGATE Terminalm, Kurt-Eckelmann-Str. 1
Senator Ian Karan spricht beim **Empfang anlässlich des ersten Anlaufs der CSCL Star (Neubau – China Shipp. Agency) in den Hamburger Hafen.**
- 11:00** Hamburg Messe, Halle B 6, Bühne 2
Senator Dietrich Wersich beteiligt sich an der **Eröffnungs-Talkrunde der Hamburger Messe für Studium und Berufsbildung „Einstieg 2011“** zum Thema: „Karriere mit Ausbildung: Beste Chancen für einen erfolgreichen Berufseinstieg in der Region Hamburg“.
- 13:00** Internationales Maritimes Museum, Koreastraße 1
Senator Heino Vahldieck spricht anlässlich der **Verabschiedung von Bernd Spöntjes, dem Leiter der Wasserschutzpolizei, ein Grußwort.**
- Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil.
- 20:00** Thalia Theater, Alstertor
Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen die **Premiere des Theaterstückes „Die Antigone des Sophokles“.**

Samstag, den 26.02.2011

10:00 Landesinstitut für Lehrerbildung, Felix-Dahn-Straße 3
Senator Dietrich Wersich eröffnet die **Fachtagung „Was machen wir mit den Jungs?“** mit einem **Grußwort**.

Sonntag, den 27.02.2011

11:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt an der **Verleihung des KAIROS-Preises 2011** teil, der durch die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. verliehen wird.

20:00 Laeishalle
Senator Reinhard Stuth besucht das **Konzert „Ramifications“** mit dem **„Ensemble Resonanz und Jean-Guihen Queyras“**.